Bürgerstiftungen für demokratische Kultur



Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland

Inhalt

Vorwort 3
Anetta Kahane

Bürgerstiftungen in den neuen Bundesländern – Katalysatoren einer demokratischen Kultur 5
Timo Reinfrank

Bürgerstiftungen in Ost- und Westdeutschland: Potentiale und Herausforderungen 11
Philipp Hoelscher

Zivilgesellschaft und demokratische Kultur in ostdeutschen Kommunen 14
Dierk Borstel

Die Bürgerstiftung – ein nützliches Modell für unsere Stadt? 18
Christian Petry

Bürgerstiftungen und das Engagement für demokratische Kultur 22
Ein Gespräch mit André Koch (Barnim-Uckermark-Stiftung), Marion Rohland (MitBürger e.V., Sangerhausen) und Andreas Hesse (Bürger.Stiftung.Halle)

Beispielhafte Bürgerstiftungen und Initiativen aus Ostdeutschland und Berlin stellen sich vor 28

Serviceteil 44
Support-Organisationen 44
Autorinnen und Autoren 47
Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung 48

Impressum

Diese Broschüre ist Teil des Projekts »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur« der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms »CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern«.

Der Gebrauch vorwiegend männlicher bzw. abwechselnd männlicher und weiblicher Bezeichnungen durch einige AutorInnen ist ausschließlich dem Interesse der Kürze und Lesbarkeit geschuldet; die Bezeichnungen beziehen in der Regel beide Geschlechter ein.

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Redaktion: Simone Rafael, Timo Reinfrank und Anne Wabelhorst
Für Unterstützung und Mitarbeit danken wir herzlich: Martina Benz und Franziska Exeler
Gestaltung: Design Berlin
Litho/Druck: LVD GmbH, Berlin

Fotonachweis: Amadeu Antonio Stiftung, Barnim-Uckermark-Stiftung, Bürgerstiftung Berlin, Bürgerstiftung Blankenhain, Bürgerstiftung Dresden, Bürger.Stiftung.Halle, Bürgerstiftung Osthavelland, Bürgerstiftung Weimar, Bürgerstiftung Wismar, Bürgerstiftung ZwischenRAUM Jena, Franziska Exeler, MitBürger e.V., www.road2nowhere.org, Bürgerstiftung Steglitz-Zehlendorf, Stiftung Bürger für Leipzig, Dirk Vogel

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
in letzter Zeit taucht der Begriff Bürgerstiftung in der öffentlichen Diskussion häufig auf. Fast scheint es sich wieder um eine Mode zu handeln, wie sie auch im Sozialen zu finden ist. Ist die Gründung von Bürgerstiftungen etwas so Nichtssagendes wie bestimmte Charity-Events, die zu veranstalten fast schon zum guten Ton gehörte – egal für welchen Zweck?



Anetta Kahane

Warum erleben Bürgerstiftungen gerade jetzt und gerade in Ostdeutschland diesen Boom? Mitte der neunziger Jahre dachten wir, Bürgerstiftungen seien eine gute Idee für Ostdeutschland. Wir, das war eine eher kleine Gruppe von Personen und Organisationen, die so rasch wie möglich eine Veränderung des Klimas in Ostdeutschland herbeisehnte. Dafür gab es zwei Gründe: wir waren sehr besorgt über die Entwicklung des Rechtsextremismus in ganzen Landstrichen. Und wir hatten große Hoffnungen. Wir wollten eine zivile Gesellschaft, also Menschen, die sich engagieren, sich selbst organisieren und für alles Neue und Interkulturelle offen sind. Wir wünschten uns die bunte Nachbarschaft statt der trostlosen Gemeinschaft gegenseitiger Kontrolle. Endlich sollten auch die kleineren und größeren Orte im Osten nun auch Orte in der Welt werden.
Doch Träume gerade solcher Art sind meist zu schnell und zu groß für die Realität. Es gelang zu dieser Zeit noch nicht, Bürgerstiftungen in den Neuen Ländern zu gründen. Jedenfalls nicht solche, die unsere Träume und Besorgnis miteinander zu verbinden vermochten, um genau aus diesem Gemisch das Neue auf den Weg zu bringen. Dazu war die Lage zu schwierig. Viele engagierte Bürger gab es noch nicht, das Problem mit Rechtsextremen – damals noch mit Glatze und Stiefeln – wurde als solches weder gesehen noch anerkannt. In einer Atmosphäre, in der rechtsextreme Täter Verständnis und gar Anerkennung fanden, statt auf Ächtung und Empörung zu stoßen, war es schwer, sich je eine Bürgerstiftungsgründung vorstellen zu können. Dies wäre nur gegangen, wenn das grundsätzliche Problem der Kommune auf zynische Weise ausgeblendet worden wäre: der Schutz aller dort lebenden Menschen – auch und gerade der Minderheiten. Es schien eine absurde Vorstellung zu sein, man könnte eine Gründungsinitiative für eine Bürgerstiftung in einer Stadt unterstützen, in der gleichzeitig Tag für Tag das Dominanzgebaren der Neonazis geduldet und ihren Opfern direkt oder indirekt ein »Selber schuld!« nachgerufen würde.

Oder noch schlimmer: Es gab ein größeres Dorf in Brandenburg, da haben die Bürger Geld gesammelt. Freilich ging es (noch) nicht um eine Stiftung, wohl aber um ein gemeinsames Ziel, dem man sich verschrieben hatte und das nun aktive Taten verlangte. Also organisierte und engagierte man sich. Die Bürger waren sich nämlich einig: das geplante Asylbewerberheim muss weg! Mit dem gesammelten Geld wurde jemand bezahlt, der es aus der Welt schaffen sollte. Und so geschah es auch. Das Gebäude ging in Flammen auf. Kein Asylbewerber kam je in dieses Dorf. Nun gewiss – dies ist ein extremer Fall. Doch er zeigt, dass Engagement, ein Ziel und die Aktivierung von Bürgern an sich keineswegs etwas Gutes verheißen muss; das Ziel, der Sinn, die Intention einer aktiven Bürgerschaft muss sich der Verteidigung der demokratischen Kultur widmen, sonst kann sie – wie in diesem Fall – zum Teil des Problems statt der Lösung werden.
Diese Gefahr bestand also Mitte der neunziger Jahre in Ostdeutschland. Daher war es zunächst notwendig, diejenigen Bürger zu unterstützen, die man zurecht als zivile Gesellschaft bezeichnen konnte. Dies war der Grund, weshalb wir die Amadeu Antonio Stiftung aufbauten, denn ihr Ziel war und ist es, überall Initiativen für demokratische Kultur zu finden, zu beraten, zu ermutigen und zu fördern. Das ist auch gelungen. Die Stiftung brachte die engagierten Menschen zusammen, auch wenn es am Anfang nur wenige waren, half bei ihrer Beratung, unterstützte ihre Ideen, machte ihre Arbeit öffentlich und sorgte dafür, dass auch die Politik nicht länger die Augen vor den Gefahren einer anti-demokratischen und rechtsextremen Dominanz verschließen konnte.
Mit dem »Aufstand der Anständigen« kam auch staatliche Hilfe dazu. Das Programm »CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Ländern« des Bundesfamilienministeriums half entscheidend dabei, eine Vielfalt von Projekten auf die Beine zu stellen und in den Neuen Ländern dafür zu sorgen, dass Kommunen auf dem schwierigen Weg einer Demokratisierung des Alltags unterstützt werden. Eines der geförderten Projek-

te beschäftigte sich mit dem Aufbau von Bürgerstiftungen. Die Frage war: ist die Zeit nun reif und das bürgerschaftliche Engagement groß und klar genug, um Bürgerstiftungen als Instrumente der demokratischen Entwicklung sehen zu können?
Die Frage lässt sich mit einem Ja und einem Nein beantworten. Aber auf jeden Fall mit einem: Wir-sind-auf-dem-richtigen-Weg. In den letzten drei Jahren entstanden einige Bürgerstiftungen, die sich den Herausforderungen dieser Zeit nicht entziehen wollen. Die Antwort ist also: Ja, denn es gibt jetzt Menschen, die sich engagieren wollen, die sich selbst organisieren und die für alles Neue und Interkulturelle offen sind. Und ja, sie haben verstanden, dass ihre Bürgerstiftung ein Ort sein kann, an dem die Initiative vieler Menschen gebündelt werden kann, die sich nicht abfinden wollen mit antidemokratischen Zuständen und die sich eine bunte Nachbarschaft wünschen. Und sie können es. Durch die in verschiedenen Orten gesammelten Erfahrungen der letzten Jahre und die Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung, die mit der Barnim-Uckermark-Stiftung selbst eine Bürgerstiftung hervorgebracht hat, ist die wichtigste Basis – das Bedürfnis, der Wunsch und die Fähigkeit einiger Bürger – inzwischen nicht mehr wegzudenken.
Das Nein bezieht sich mehr auf die Umstände und soziale Entwicklung in Ostdeutschland als auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten ihrer gerade entstehenden Zivilgesellschaft. Ostdeutschland heute ist geprägt durch Arbeitslosigkeit, durch Abwanderung und Infrastrukturprobleme. Schulen und Krankenhäuser müssen schließen, wenn die Leute wegziehen. Und dies tun vor allem die Jungen und Engagierten. Die übrigen Menschen interessieren sich bestenfalls nicht, manche missbrauchen jedoch die schlechte Stimmung und machen Propaganda für Kameradschaften oder NPD. Vor solche Probleme gestellt wissen die wenigen »Bürgerstiftler« oft nicht, wo und wie sie anfangen sollen. Die Bürgerstiftung soll ja nicht an die Stelle des Staates treten, der sich immer weiter zurückzieht, als eine Art Ersatzverwaltung für die Kommune. Doch selbst wenn es notwenig wäre, woher soll das Kapital für die Stiftung kommen, gibt es doch im Osten weit weniger finanzstarke Bürger, die auch bereit sind, für eine Bürgerstiftung Geld zu geben. Ist das nicht insgesamt zu schwer?

Nun, die Zeit ist durchaus reif. Doch die jungen Bürgerstiftungen brauchen Unterstützung. Sie sind ideale Instrumente, kommunal zu handeln, Partizipation zu fördern und sichtbare Veränderung aus eigener Kraft zu bewirken. Wer heute über rechtsextreme Gefahr spricht, redet immer auch über Kommunen und die konkreten Bedingungen dort. In manchen Städten machen sich die Nazis breit – in anderen schaffen sie es nicht. Da, wo sie sich wie Fische im Wasser bewegen, ist es schwer. Dort, wo man ihnen – auch durch sinnvolle Arbeit an den realen Problemen – deutlich entgegentritt, wird es leichter. Bürgerstiftungen können es schaffen, solche Fischbecken trocken zu legen und erste Erfolge auch dauerhaft werden zu lassen.
Wie das geht, soll in diesem Heft gezeigt werden. Hier sind erste praktische Erfahrungen gesammelt, was Bürgerstiftungen sind, was sie erreichen können und worauf sie achten müssen. Hier werden auch erste Antworten gegeben auf die Frage, wo man beginnen kann, um dafür Geld zu sammeln. Wenn es richtig ist, dass eine Bürgerstiftung für demokratische Kultur als erstes ihre Nachbarn schützen muss, unabhängig von deren Herkunft, gesellschaftliche Klüfte – auch soziale – überwinden helfen soll und für Themen Öffentlichkeit schaffen soll, die gerade nicht modern sind und trotzdem drängen, dann ist dies ein guter Handlungsfaden auf der Suche nach geeigneten Projekten.
Diese Broschüre erklärt auch die Herausforderungen in den Neuen Ländern und ihre Konsequenzen für die Bürgerstiftungen. Gerade hier wird deutlich, wie unterschiedlich die Bedingungen und die Aufgaben in Ost und West sind. Es ist wichtig, auf die Unterschiede hinzuweisen und Acht zu geben, wenn man Erfolg haben will. Dass es Erfolge gibt, zeigen einige sehr gelungene Beispiele junger Bürgerstiftungen, die sich an den zentralen Themen des demokratischen Gemeinwesens nicht vorbeimogeln und gerade deshalb so lebendig sind. Sie sind so weit gekommen, weil sie zusammen arbeiten, sich austauschen, fortbilden und offen miteinander über ihre Erfolge und Sorgen sprechen. Bürgerstiftungen dieser Art weisen einen Weg: sie können in Zusammenarbeit mit den Kommunen der Ort sein, an dem Ideen, Innovationen und Kreativität der Bürger ein Zuhause haben, ein Ort für Träume und Hoffnungen, die jeden Tag etwas mehr an Realität gewinnen. Nach den hier beschriebenen Erfahrungen sind wir ganz sicher, dass jetzt die Zeit dafür ist. Es braucht nur eine klare, politische Entscheidung, solche Initiativen zu unterstützen.

Bürgerstiftungen in den neuen Bundesländern – Katalysatoren einer demokratischen Kultur [1]

Timo Reinfrank

In Deutschland haben sich seit 1996 bereits mehr als 80 Bürgerstiftungen gegründet, davon über 20 in den neuen Bundesländern. Es begann in westdeutschen Städten wie Gütersloh, Hannover und Hamburg, doch schon bald folgten ostdeutsche Städte wie Wismar, Jena und Dresden – die Dynamik ist groß. Viele Bürgerinnen und Bürger setzen auf Bürgerstiftungen, um die Zukunftsfähigkeit ihrer Kommune zu sichern.
Aktuell wird in fast allen Bundesländern die Gründung weiterer Bürgerstiftungen vorbereitet. Dabei geht die Initiative von ganz unterschiedlichen Akteuren aus: von einer Schulversammlung, einer antirassistischen Netzwerkstelle, einer Umweltwerkstatt, dem Vorstand einer örtlichen Genossenschaftsbank, einem großen Sozialträger, dem Stadtrat, einer Kirchengemeinde oder anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die meisten Bürgerstiftungen werden aus einem lokalen Bedarf heraus gegründet; sie sind so genannte »bottom up«-Gründungen mit direkter bürgerschaftlicher Verankerung: Viele Bürgerinnen und Bürger treten als Gründungsstifter in Erscheinung. Zweck und Gestalt der Bürgerstiftungen variieren sehr: Die eine Bürgerstiftung ist zuständig für den Stadtteil einer Großstadt, die nächste für eine Region in der Größe des Saarlandes, eine dritte für einen heute aufgelösten Landkreis, dessen Identität sich in der Bürgerstiftung wiederfinden soll. Auch die finanziellen Mittel sind sehr unterschiedlich, das Vermögen reicht von wenigen zehntausend Euro bis zu einer Million und mehr. Doch was macht die Attraktivität dieses neuen Stiftungstyps aus?

Die »Bürgerstiftungsbewegung«

In der Bürgerstiftung nehmen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. In jeder Stadt und Region gibt es Probleme, die die Lebensqualität beeinträchtigen. Es ist eine Aufgabe für alle Einwohner, sich diesen Herausforderungen zu stellen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Eine solche Perspektive ermöglichen Bürgerstiftungen, in denen die Verteidigung demokratischer Grundwerte ein zentraler Arbeitsschwerpunkt darstellt. Die Bürgerstiftungen setzen aktiv demokratische Grundprinzipien um: Menschenrechte und Minderheitenschutz, Gleichwertigkeit und Chancengleichheit sowie die Anerkennung der Vielfalt von Kulturen und Lebensstilen sind für sie zentral – oder sollten es zumindest sein. Eine Bürgerstiftung ist zunächst nicht mehr und nicht weniger als ein Zusammenschluss





mit Gemeinnützigkeitsbindung zur zweckgebundenen Kapitalsammlung – sei es Sozial-, Human- oder Finanzkapital. Dass diese Idee so populär geworden ist, hat mehrere Ursachen. Sinkende Staatseinnahmen und zugleich steigendes, äußerst ungleich verteiltes Privatvermögen sind nur zwei davon. Auch die viel besprochene Politikverdrossenheit als Zeichen nachlassenden Vertrauens in die staatliche Handlungsfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme begünstigt neue Formen politischer Praxis. Und auch als Reaktion auf die weltweite Globalisierung ist der Lokalbezug immer wichtiger geworden.

Ursprung: Die Community Foundation in den USA

Die Idee der Community Foundation stammt aus den USA und gelangte erst in den letzten Jahren über den Umweg Großbritannien nach Deutschland.[2] Der Begriff community beschreibt einen geografischen Ort, also eine Kommune, eine Stadt oder eine überschaubare ländliche Region, an den Menschen gebunden sind und der ihnen einen Sinn für Identität und Zusammenhalt verleiht. Foundation bedeutet Stiftung. Ins Deutsche wird Community Foundation meist als Bürgerstiftung, manchmal auch als Stadtstiftung übersetzt. Der Begriff Bürgerstiftung hat sich durchgesetzt, weil soziale, kulturelle und ökologische Zwecke in der Kommune »von Bürgern für Bürger« gefördert werden. In der Praxis ist die Bürgerstiftung eine Art Sammelbecken, Umschlagplatz und Koordinierungsstelle einerseits von Kräften wie Geld, Zeit oder Ideen und andererseits von Bedürfnissen, vor allem dem nach der Verbesserung von sozialen, kulturellen und ökologischen Missständen in der Kommune.

Ebenso ist die Bürgerstiftung aktiv daran beteiligt, soziales und kulturelles Engagement sowie Partizipation in der Stadt oder Region zu fördern; sie stärkt eine demokratische Zivilgesellschaft. Die Bürgerstiftung regt die Menschen zum Stiften und zum gemeinnützigen Engagement in ihrer Region an und bietet ihnen sinnvolle Zwecke und Zielprojekte, in die sie investieren können. In diesem Sinne ist die Bürgerstiftung eine Dienstleistungsagentur für Personen, die sich gerne in ihrer Stadt oder Region ehrenamtlich engagieren wollen. Bürgerstiftungen stehen historisch in der Tradition eines modernen Verständnisses von Zivil- und Bürgergesellschaft, das sich an die Ideen der Philosophen John Locke und Charles Montesquieu sowie des Staatstheoretikers Alexis de Tocqueville anlehnt. Die Zivil- und Bürgergesellschaft ist eine »Schule der Demokratie«, in der über die tägliche Praxis der solidarische Umgang miteinander, demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung eingeübt werden. Die Zivilgesellschaft stellt damit der Demokratie ein Werte tragendes Potential zur Verfügung.

Als unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation kann eine Stiftung die Interessen der verschiedenen Gruppen in der Kommune gegenüber der lokalen Regierung vertreten. Sie kann Innovation fördern, soziale Missstände thematisieren und zur Demokratisierung der lokalen Kultur beitragen. Demokratisch ist die Bürgerstiftung aber nur dann, wenn nicht nur ihre Strukturen demokratisch sind, sondern auch ihre Werte, wenn sie Grundstandards wie die Gleichwertigkeit aller Menschen und den Schutz von Minderheiten selbst praktiziert und in der Kommune einfordert.

Die fünf wichtigsten Merkmale einer Bürgerstiftung

1. Bürgerstiftungen arbeiten in einem geografisch eingegrenzten Wirkungskreis: in einer Stadt, einem Landkreis oder einer Region.
2. Eine Bürgerstiftung sammelt Spenden und baut ein Stiftungskapital auf, aus dessen Erträgen sie selbstständig Programme durchführt und somit längerfristig zum unabhängigen Partner von Kommune, Wirtschaft und anderen Akteuren in der Kommune wird. Zum Aufbau des Kapitals gehören Aktivitäten wie Fundraising, Finanzverwaltung und Dienstleistungen für Spender. In der Anfangsphase kann der Aufbau eines Stiftungskapitals auch von außenstehenden Geldgebern in Form von »Matching Funds« gefördert werden: Eine Person, eine Institution oder ein Unternehmen stellt einen größeren Betrag zur Verfügung, aus dem jeder Euro, der in der Kommune gesammelt wird, mit einem weiteren Euro verdoppelt wird. Dieser Anreiz erleichtert die ersten Schritte einer Bürgerstiftung erheblich. Doch gibt es genug Beispiele von Bürgerstiftungen, die im Wohnzimmer begonnen und das Kapital ausschließlich in ihrer eigenen Umgebung gesammelt haben.
3. Bürgerstiftungen machen ihre Arbeitsweise transparent und informieren Geldgeber und Öffentlichkeit regelmäßig über Ziele, Aktivitäten und Mittelverwendung. Dazu gehört ein unabhängiger Vorstand, der idealerweise die verschiedenen Gruppen in der Kommune demokratisch repräsentiert. Der Vorstand entscheidet über das Programm der Stiftung und die Projekte, die gefördert werden.
4. Die Bürgerstiftung unterstützt mit ihren Erträgen zivilgesellschaftliches Engagement, stärkt Eigeninitiative und leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert innovative Projekte und schließt mit eigenen Projekten und Programmen Lücken staatlichen Handelns. Diese Programme sollten möglichst breit angelegt und weder auf partikulare Interessen noch auf einen engen Bevölkerungsausschnitt begrenzt sein.
5. Bürgerstiftungen sind vor allem auch Diskussionsforum und Sprachrohr für wichtige Themen in der Kommune, die alle angehen. Sie können zu demokratischen Prozessen in Staat und Gesellschaft anregen und ermutigen.

Bürgerstiftungen in Ostdeutschland

In Ostdeutschland kommt ein weiterer Aspekt bürgerschaftlichen Engagements hinzu. Abwanderung, Arbeitslosigkeit und ein Mangel an demokratischer Kultur sind massive Probleme in vielen deutschen Regionen, mehr aber noch in Ost- als in Westdeutschland. Im ländlichen Raum entvölkern sich dort ganze Regionen, so dass es fast unmöglich wird, staatliche Infrastrukturleistungen aufrecht zu erhalten. Deindustrialisierung, Verfall, Leerstand und Abriss historischer Bausubstanz prägen viele ostdeutsche Dörfer und Städte. Gewaltstraftaten nehmen wieder verstärkt zu. Viele Bürgerinnen und Bürger reagieren darauf mit Frustration und einem Rückzug aus der demokratischen Öffentlichkeit. Die »Abwanderung in den Köpfen« – die individuelle Frustration, mit der viele Menschen auf das Fehlen einer Perspektive in ihrer Region reagieren – äußert sich unter anderem in einer erschreckenden Gleichgültigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber antidemokratischen Entwicklungen in der Gesellschaft und in einem Bedürfnis nach radikalen politischen Lösungen, wie sie rechtsextreme Parteien und regionale Kameradschaften anbieten. Deren Strategie ist es, dort Funktionen gesellschaftlichen Engagements zu übernehmen, wo die demokratische Zivilgesellschaft zu schwach ist.

Rechtsextreme nutzen die strukturellen Krisen und die Hilflosigkeit der regionalen staatlichen Institutionen für ihre Zwecke. Sie dringen in die bürgerschaftlichen Prozesse ein: Sie organisieren Bürgerinitiativen, die gegen Infrastrukturabbau oder den sozialen Niedergang protestieren, sie lassen sich zu Elternsprechern wählen, übernehmen das Sagen in Vereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr und bieten Jugendarbeit und Hausaufgabenhilfe an. In Gemeinden, die NPD-Mitglieder in den Gemeinderäten haben, gibt es einen regionalen Normalisierungs- und Gewöhnungsprozess gegenüber diesen Bestrebungen. Nach und nach ist so die erfolgreiche Eroberung des kommunalen Nahraums – eine seit Jahren bekannte Strategie der Rechtsradikalen – mit Leben erfüllt worden. Die neuen, umfassenden und erfolgreichen kommunalpolitischen Strategien der rechtsextremen Szene werden nur vereinzelt zur Kenntnis genommen. Demokratischen Akteure vor Ort sehen sich trotz Unterstützung von außen mit einer eskalierenden Entwicklung konfrontiert, und ihre eigenen Möglichkeiten haben sich nicht proportional mitentwickeln können. Die Probleme lassen sich längst nicht mehr mit hochwertiger, aber punktueller Beratung oder mit einzelnen Aktivitäten lösen – die Kommune als Ganzes muss in den Blick genommen werden.

Eine solche Perspektive ermöglichen Bürgerstiftungen, bei denen das Engagement gegen die (potenzielle) Gefährdung demokratischer Grundwerte einen zentralen Arbeitsschwerpunkt darstellt. Bürgerstiftungen können nur dann eine wirksame Barriere gegen Rechtsextremismus sein, wenn sie eine solche sein wollen und sich deutlich an dieses Ziel binden, etwa in ihrer Satzung und ihrer Außendarstellung. Wird der Stiftungszweck beispielsweise auch als »Stärkung der demokratischen Kultur und Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen« festgelegt, kann daran später keine Mitgliederversammlung rütteln, wie dies bei einem Verein der Fall wäre. Gelingt es, lokale Autoritäten in diesen Prozess einzubinden, kann eine Bürgerstiftung mit großer Signalwirkung als Themenanwältin und Förderin für Demokratie im Alltag einer Kommune tätig sein. Zudem können die Bürgerstiftungen nur dann wirklich zur Herstellung und Vertiefung der Demokratie beitragen, wenn ihre Werte, ihre internen Strukturen und Handlungen selbst demokratisch sind. Einige Bürgerstiftungen sind in Ostdeutschland bereits zu Motoren einer nachhaltigen demokratischen Entwicklung in ihrer Region geworden – zu praktischen Schulen von Demokratie.

Gerade in Ostdeutschland sind es neben Bürgerinitiativen die Bürgerstiftungen, die sich aktiv gegen eine Verödung und Entzivilisierung ganzer Regionen wenden und die eine demokratische Entwicklung initiieren, die auf die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen zielt. Sie rufen zu gemeinnützigem Handeln auf, ergreifen Initiativen für einen demokratischen Strukturwandel, arbeiten auf die Partizipation möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger hin und sind engagierte Partner und Förderer der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Sie haben dabei meist mehr Möglichkeiten, eine breite lokale Öffentlichkeit zu erreichen und diese für Demokratie zu gewinnen, als es bei Parteien, einzelnen Engagierte oder Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus der Fall ist.
Die Bürgerstiftungen in Ostdeutschland müssen auf die spezifischen Probleme in ihrer Region reagieren. Häufig leisten sie Pionierarbeit in Bezug auf ein demokratisches Bewusstsein. In gesellschaftlichen Umfeldern, die immer noch stark von dem gesellschaftlichen Umbruch nach 1989 und einem daraus resultierenden Rückzug ins Private geprägt sind, ist es schwer, Mitbürgerinnen und Mitbürger für gesellschaftliches Engagement, für eine demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus zu begeistern. Oftmals herrscht eine »Kultur der Resignation«, vor allem in ländlichen Gebieten. Funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen, die eine nicht-ausgrenzende, positive Identifikation mit dem Gemeinwesen ermöglichen, sind deshalb sowohl für eine nachhaltige Regionalentwicklung als auch für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas zentral, in dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sich nicht ausbreiten können.

Pionierarbeit in Halle und Brandenburg

Ein Beispiel für eine solche Bürgerstiftung ist die Barnim-Uckermark-Stiftung in Brandenburg. Wer den Barnim und die Uckermark im Nordosten Brandenburgs bereist, bewegt sich durch eine einzigartige Kulturlandschaft: allerorten Seen, Wiesen, Wälder und Äcker, große Gebiete stehen unter Naturschutz. In der dünn besiedelten Region verteilen sich 320.000 EinwohnerInnen auf eine Fläche von 4.500 qm. Neben den Kreisstädten Eberswalde (Barnim) und Prenzlau (Uckermark) finden sich in der Region noch einige weitere





Lesezauber für mehr Teilhabe: Für die Barnim-Uckermark-Stiftung lesen Ehrenamtliche Kindern vor, um deren Spracherwerb zu stärken.

Kleinstädte, die allesamt weniger als 50.000 EinwohnerInnen haben. Aber es gibt auch Orte wie Potzlow, wo rechtsextremistische Jugendliche im Sommer 2002 einen anderen Jugendlichen als »Juden« beschimpften, quälten und anschließend bestialisch ermordeten, oder Städte wie Schwedt, wo Menschen mit dunkler Hautfarbe und Punks bestimmte Gegenden besser meiden. Thematische Schwerpunkte der Stiftungsarbeit der Barnim-Uckermark-Stiftung bilden bürgerschaftliches Engagement, demokratische Kultur und regionale Entwicklung. Für die Stiftung bedeutet die Stärkung von Demokratie und Bürgergesellschaft auch, Eigeninitiative und individuelle Verantwortungsübernahme zu fördern. Dieser Anspruch muss jedoch in der Praxis übersetzt werden; an ihm müssen sich gegenwärtige und zukünftige Projekte messen lassen sollen.[3]
Ähnlich arbeitet auch die Bürgerstiftung in Halle. Die Stadt ist international bekannt geworden durch die Deindustrialisierung der Chemieindustrie in der Region Halle-Leipzig, die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verarmung, durch die drastische Schrumpfung der Bevölkerung in Folge des postsozialistischen Wandels und die rechtsextremen Jugendcliquen in den »Schlafstädten« wie Halle-Silberhöhe am Rande der Stadt. Für die Bürger.Stiftung.Halle steht die Förderung des demokratischen Gemeinwesens und des bürgerschaftlichen Engagements an erster Stelle. Die Bürgerstiftung ist zu einer echten Beteiligungsorganisation der Saalestadt geworden. Ein beispielhaftes Projekt sind ihre Werkstattgespräche: Stifterinnen und Stifter, engagierte Bürgerinnen und Bürger aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Soziales kommen zusammen und diskutieren die aktuellen Belange ihrer Stadt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann – und welche Rolle die Bürgerstiftung dabei spielen soll. In ihrer Arbeit konzentriert sich die Bürger.Stiftung.Halle vor allem auf die Festigung einer demokratischen Kultur im Sinne einer gestaltenden, vielfältigen Bürgergesellschaft. So konnten allein in der ersten Hälfte des Jahres 2005 mehr als dreizehn ganz unterschiedliche Projekte gefördert werden, die die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements widerspiegeln. Ihnen gemeinsam ist der Gedanke, dass Menschen Verantwortung übernehmen für ihr Gemeinwesen – seien es Probleme, die gelöst, oder Chancen, die genutzt werden müssen.
Demokratische Kultur fördern und Zivilgesellschaft stärken – das müssen keine abstrakten Ziele bleiben. Die Projekte der Bürger.Stiftung.Halle und der Barnim-Uckermark-Stiftung zeigen: Demokratisches Miteinander und bürgerschaftliche Verantwortung können tagtäglich praktiziert und gelebt werden – in den vielfältigsten Formen und von den vielfältigsten Menschen.

Neue Aufgaben: Bürgerstiftungen im Einwanderungsland

In den letzten Jahren ist die Integration und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit und auch der Bürgerstiftungen in West- und Ostdeutschland gelangt. Weite Teile von Politik und Gesellschaft haben endlich anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Nicht nur bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund können Stiftungen wichtiges leisten. Doch Bürgerstiftungen stehen erst am Anfang, was die Partizipationsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten betrifft.

Ein gutes Beispiel für Integration und Partizipation ist die 2005 gegründete Bürgerstiftung Neukölln in Berlin. »Multikulti ist gescheitert«, so die derzeit immer wieder aufgestellte Behauptung in den »sozialen Brennpunkten« der Hauptstadt. Das Engagement der Bürgerstiftung Neukölln zeigt, dass diese Behauptung nicht stimmt: Menschen aus bisher über zehn Herkunftsländern bauen zusammen die Bürgerstiftung Neukölln auf. Die mehr als 60 Engagierten haben ein gemeinsames Ziel: ein respektvolles und friedliches Zusammenleben der verschiedenen Religionen und Kulturen in Neukölln. Die Bürgerstiftung will Menschen Lust machen, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft des Bezirks mitzubestimmen. Neukölln, einer der ärmeren Stadtteile Berlins, in dem rund 320.000 Menschen leben, gilt als Problembezirk; in den Medien ist von einer »Parallelgesellschaft« die Rede. Diesem schlechten Image will die Stiftung etwas entgegensetzen. Projektarbeit, Zukunftswerkstätten und die Förderung von beispielhaften Initiativen von und für alle NeuköllnerInnen sind das Mittel.
Ein anderes Vorzeigeprojekt auf dem Feld der Integration ist die Vorleseinitiative »Lesezauber« der oben erwähnten Barnim-Uckermark-Stiftung. Sie wendet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Lust haben, sich als ehrenamtliche Vorleserinnen und Vorleser für Kinder zu engagieren. Dabei arbeitet die Stiftung mit einem migrantischen Selbsthil-



feverein zusammen. Gesucht wurden Menschen, die sich zutrauen, Kinder unterschiedlichster Herkunft für Bücher-Welten zu begeistern und die regelmäßig in Bibliotheken oder an anderen Orten vorlesen. Die Resonanz ist überwältigend. Mit »Lesezauber« sollen vor allem Kinder erreicht werden, denen der Zugang zu Büchern bislang versperrt blieb. Und es geht um die Einbeziehung aller Kinder: Weil das Vorlesen für den Spracherwerb und damit für gesellschaftliche Teilhabe besonders wichtig ist, wird nicht nur in der Stadtbibliothek, sondern auch in einem Wohngebiet vorgelesen, in dem viele Zuwanderer aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion leben. So werden nicht nur Kinder an das Lesen herangeführt, sondern gleichzeitig auch Menschen zusammengeführt, die bislang kaum miteinander in Berührung kamen. Mit der Vorleseinitiative stärkt die Barnim-Uckermark-Stiftung daher ein demokratisches Miteinander verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen, in dem es zur Selbstverständlichkeit wird, dass Zuwandererkinder und ihre Familien Teil der Gesellschaft sind.

Anmerkungen

(1) Für Anregungen und Anmerkungen danke ich meinen Kolleginnen Martina Benz, Franziska Exeler, Susanna Harms und Anetta Kahane sowie Pia Gerber von der Freudenberg Stiftung.
(2) Vgl. dazu den Artikel »Community Foundation – Bürgerstiftung« von Julia Plessing, erschienen in: Amadeu Antonio Stiftung/RAA Berlin (Hrsg.): Community Foundation – ein Kinderspiel. Interkulturelle Beiträge Jugend & Schule Nr. 5, Berlin 2004
(3) Vgl. dazu weiterführend den Artikel von Susanna Harms über die Gründung der Barnim-Uckermark-Stiftung, erschienen in: Amadeu Antonio Stiftung/RAA Berlin (Hrsg.): Community Foundation – ein Kinderspiel. Interkulturelle Beiträge Jugend & Schule Nr. 5, Berlin 2004

Bürgerstiftungen in Ost- und Westdeutschland: Potentiale und Herausforderungen

Philipp Hoelscher

Bürgerstiftungen in Ostdeutschland befinden sich in einer anderen Situation als ihre Namensvettern im Westen. Dies ist ganz natürlich, berücksichtigt man die unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung über vier Jahrzehnte. Nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch zivilgesellschaftliche Traditionen gestalten sich in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich. Folglich fiel das Konzept der Bürgerstiftung bei seiner Einführung im Deutschland der späten 1990er Jahre in den neuen Bundesländern auf anders beschaffenen Boden als im Westen; in der Folge bildete sich eine besondere »Bürgerstiftungslandschaft« heraus.

Diese Situation bringt einige Nachteile mit sich, die den ostdeutschen Bürgerstiftungen das Leben nicht immer leicht machen. Sie bietet allerdings auch Möglichkeiten, die anderswo unausgeschöpft bleiben. Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Erkenntnissen des Forschungsprojektes »Monitoring von deutschen Bürgerstiftungen«, durchgeführt vom Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin. Das Projekt begleitete sechs deutsche Bürgerstiftungen wissenschaftlich über drei Jahre. Bewusst wurden dazu ost- wie westdeutsche Bürgerstiftungen ausgewählt, um eventuelle Unterschiede feststellen zu können. Ziel war es, den Beitrag zu untersuchen, den Bürgerstiftungen für die Stärkung der deutschen Zivilgesellschaft leisten. Ein umfangreicher Projektbericht erscheint im Dezember 2005 im Maecenata Verlag.

Ausgangsbedingungen

Das Kapital, das die Bürgerstiftungen zu Beginn ihrer Tätigkeit einsammeln konnten, war in Ost und West etwa gleich hoch. Betrachtet man die Stiftungsvermögen der Bürgerstiftungen jedoch einige Jahre später, so lässt sich feststellen, dass deren Ausbau in Westdeutschland deutlich besser gelang als in den ostdeutschen Bundesländern. Dies gilt sowohl für die Geschwindigkeit des Zuwachses als auch für die absolute Höhe. Das lässt vermuten, dass die Ausgangsbedingungen für Bürgerstiftungen in beiden Teilen Deutschlands keineswegs identisch sind. Und tatsächlich fallen bei näherem Hinsehen zwei Unterschiede ins Auge: Die unterschiedliche wirtschaftliche Lage einerseits, ein anders entwickeltes Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement andererseits. Diese Grundbedingungen, mit denen sich das Modell Bürgerstiftung konfrontiert sah, prägten in unterschiedlicher Weise die weitere Entwicklung.

Ausschlaggebend für ein schnelles Wachstum des Stiftungskapitals ist in erster Linie, inwiefern es einer Bürgerstiftung gelingt, Großstifter anzuwerben. Offensichtlich ist dies in Westdeutschland aufgrund der wirtschaftlichen Situation einfacher. Generell ist die Wirtschaftskraft des Umfeldes von entscheidender Bedeutung für den Vermögensaufbau: So sagten uns mehrere Vertreter ostdeutscher Bürgerstiftungen, sie würden aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage nur geringe Zustiftungen und Kleinspenden erhalten. Gerade für die dortigen Bürgerstiftungen stellt es dann auch eine besondere Schwierigkeit dar, Unternehmen für eine finanzielle Unterstützung zu gewinnen – eine Interviewpartnerin bemerkte hierzu, dass die ortsansässigen Unternehmen oft nicht genug Geld hätten, während überregionale wiederum nicht an lokalem Engagement interessiert seien. Dass dies nicht allein ein ostdeutsches Phänomen ist, zeigt die Lage der Bürgerstiftung in der nordrhein-westfälischen Bergbaustadt Herten: Auch hier wird das wirtschaftlich schwache Umfeld für das geringe Wachstum des Bürgerstiftungskapitals verantwortlich gemacht.

Außerdem wurden von unseren Interviewpartnern in ostdeutschen Bürgerstiftungen immer wieder die besonderen Gesellschaftsstrukturen, ja sogar eine mangelnde Bereitschaft zur Eigenverantwortung in Ostdeutschland beklagt. Sicher ist, dass die jahrhundertealte Tradition des Stiftens für Jahrzehnte unterbrochen war und sich erst langsam erholt. Aber auch das Fehlen eines bürgerlich geprägten Milieus in weiten Teilen Ostdeutschlands wurde von unseren Gesprächspartnern als Grund für die Schwierigkeiten der Bürgerstiftungen angeführt. Eine Gesprächspartnerin machte sogar ganz explizit die »sozialistische Prägung der Region« für einige Probleme der Bürgerstiftung verantwortlich – viele Bürgerstiftun-

gen haben es sich daher zum Ziel gesetzt, verstärkt Möglichkeiten zur Eigeninitiative aufzuzeigen. Besonders anschaulich lassen sich diese Unterschiede an der Bürgerstiftung Berlin verdeutlichen, in der nach Auskunft der Stiftungsvertreter beinahe ausschließlich Westberliner engagiert sind, was von der Bürgerstiftung als großes Manko angesehen wird.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

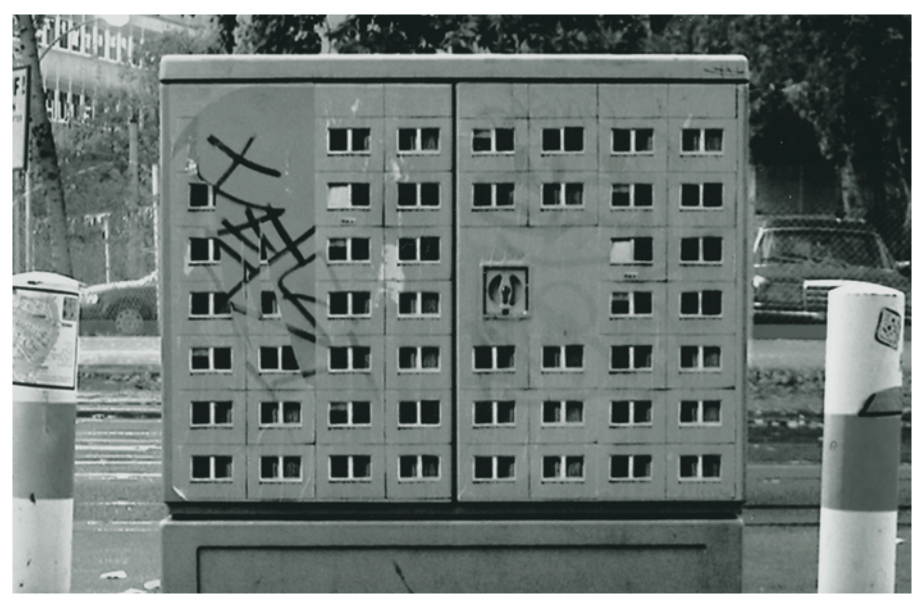
Betrachtet man die Entstehungsgeschichten, so fällt zunächst eine Gemeinsamkeit ins Auge: Alle untersuchten Bürgerstiftungen wurden von einer breiten Basis an Stiftern errichtet. Doch damit ist es mit den Gemeinsamkeiten bereits vorbei. Erste Unterschiede werden bei der Herkunft der jeweiligen Stifter deutlich: Während ostdeutsche Bürgerstiftungen tendenziell aus der lokalen NGO-Landschaft hervorgingen, entstanden Bürgerstiftungen in Westdeutschland häufiger im Umkreis von lokalen Eliten, wie dem Bürgermeister in Stuttgart. Beide Varianten haben ihre Vorteile: Während die erste im Allgemeinen mit sich bringt, dass breitere Teile der lokalen Gesellschaft in die Stiftungsarbeit integriert werden (und nicht nur eine Elite), ist die zweite sicherlich günstiger, wenn es um einen schnellen Ausbau des Stiftungskapitals geht, denn Großstifter lassen sich bedeutend leichter erschließen. Die stärkere Basisorientierung der Bürgerstiftungen in Ostdeutschland drückt sich auch in der Stellung der Stifterversammlung aus, welcher hier häufig ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird als im Westen, wodurch die basisdemokratischen Elemente gestärkt werden.

Vom vergleichsweise geringen Stiftungskapital ostdeutscher Bürgerstiftungen war bereits die Rede. Doch nicht alleine die Wirtschaftskraft des regionalen Umfeldes ist hier als Ursache zu nennen: Höhe und Wachstum des Stiftungskapitals hängen auch von dem Stellenwert ab, der dem Vermögensaufbau innerhalb einer Bürgerstiftung entgegengebracht wird. Diesem wird in westdeutschen Bürgerstiftungen tendenziell höhere Priorität eingeräumt als in ostdeutschen. Das äußert sich zum Beispiel in den angebotenen »Donor Services«, also Dienstleistungen, welche potentiellen Stiftern eine Zustiftung erleichtern und schmakkhaft machen soll. Auch die Einrichtung von unselbständigen Stiftungen unter dem Dach einer Bürgerstiftung ist dazuzurechnen. Extrembeispiel für diese Ausrichtung ist die Bürgerstiftung in Hannover, für die Kapitalerhöhung die absolute Priorität darstellt; das Vermögen der Unterstiftungen übersteigt hier sogar das tatsächliche Stiftungskapital.

Ostdeutsche Bürgerstiftungen verfolgen gerne einen anderen Weg. Sie legen häufig mehr Wert auf konkrete Tätigkeiten als auf die Anhäufung von Geld. Allerdings besteht hier die Gefahr eines Teufelskreises: Wer über wenig Geld verfügt, muss notwendigerweise in erster Linie über ehrenamtliche Tätigkeiten in Eigenprojekten aktiv sein – eine derartige Konzentration auf die Projektarbeit steht dann wiederum der verstärkten Einwerbung von Vermögen entgegen. Die Gratwanderung zwischen Projektaktivität und Kapitalerhöhung stellt gerade (aber nicht nur) für Bürgerstiftungen in Ostdeutschland eine besondere Schwierigkeit dar.
Dies zieht einen weiteren Unterschied zwischen Bürgerstiftungen in Ost und West nach sich: Auch wenn in allen von uns untersuchten Bürgerstiftungen die Hauptaktivität dieselbe, nämlich Jugendarbeit, war, verfolgen die Bürgerstiftungen doch unterschiedliche Ansätze, um ihre Ziele zu erreichen. Denn generell gilt: Je mehr Vermögen eine Stiftung besitzt (also je mehr Geld sie ausgeben kann), desto eher neigt sie zur Fördertätigkeit; die Durchführung eigener Projekte, ermöglicht durch Zeitstifter, gerät in den Hintergrund. Berücksichtigt man die oben angeführten Argumente zum wirtschaftlichen Umfeld in Deutschlands Osten, so zeigt sich: Im Vergleich zu ihren westdeutschen Namensvettern tendieren ostdeutsche Bürgerstiftungen dazu, eigene Projekte durchzuführen. Dies muss allerdings nicht zwangsweise an den finanziellen Möglichkeiten liegen: Manchmal wird auch bewusst auf Projektarbeit gesetzt. Denn so manches Stiftungsziel lässt sich nur durch basisorientierte Projektarbeit vor Ort verwirklichen. Außerdem ist die Außenwirkung von eigenen Projekten höher als die reine Finanzierung von Aktivitäten Dritter. Gerade die ostdeutschen Bürgerstiftungen führten häufig dieses Ziel der Profilbildung als Grund für operatives Arbeiten an.

Probleme und Chancen: Voneinander lernen

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Bereits die Ausgangsbedingungen sind für Bürgerstiftungen in Ostdeutschland ungleich schwerer als im Westen. Dies drückt sich in erster Linie im durchschnittlich geringeren Stiftungskapital aus. Westdeutschen Bürgerstiftungen





gelingt es in der Regel besser, mit Wirtschaftsunternehmen zusammenzuarbeiten, Großstiftungen zu akquirieren und als Dienstleister zu fungieren, etwa als Träger von Unterstiftungen, die durch Erbschaften entstanden sind. Der Vorteil: Auf diese Weise entsteht dauerhaft »zivilgesellschaftliches Eigenkapital« – also Vermögen, das langfristig dem gesamten gemeinnützigen Sektor zugute kommt. Dieser Aspekt kommt in ostdeutschen Bürgerstiftungen bisher zu kurz.
Doch für alle Bürgerstiftungen gilt: Liegt das Augenmerk zu sehr auf dem Einsammeln von Geld, geht vieles verloren, das den besonderen Charakter einer Stiftung »von Bürgern für Bürger« ausmacht. Der Spagat zwischen der eher wirtschaftlichen Aktivität und der Projektarbeit will geschafft werden. Und während sich so mancher Ehrenamtliche in ostdeutschen Bürgerstiftungen danach sehnt, »einfach nur Gelder einzuwerben«, könnte sich so manche Bürgerstiftung im Westen vom bürgerschaftlichen Engagement der Zeitstifter in »ärmeren« Bürgerstiftungen eine Scheibe abschneiden.

Bürgerstiftungen im Osten haben – bedingt durch die wirtschaftlichen Umstände, aber auch dank bewusster Entscheidungen – einen eigenen Weg gefunden; viele Menschen haben durch ihr Engagement einen Anteil an ihrem Erfolg. Auch dies kann von großem Wert sein: Studien belegen, dass die freiwillige Tätigkeit von möglichst vielen Menschen in derartigen Organisationen für eine funktionierende demokratische Gemeinschaft unabdingbar ist. Trotz oftmals geringem Vermögen können Bürgerstiftungen also im besten Sinne des Wortes »Schulen der Demokratie« sein.

Zivilgesellschaft und demokratische Kultur in ostdeutschen Kommunen

Dierk Borstel

Die Qualität des Zusammenlebens in einer Gesellschaft erkennt man, so der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer, »nicht an Ethikdebatten, in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen.« [1] Ort dieses Umgangs ist dabei besonders die Kommune im Alltag. Die Grundlage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens bildet die politische Kultur der Gesellschaft; dabei sind gesellschaftliche Entwicklungen wie die aktuelle starke Stellung der rechtsextremen Gruppen in Ostdeutschland auf die Qualität dieser politischen Kultur zurückzuführen. Welche Entwicklungen haben die politische Kultur Ostdeutschlands, die sowohl den gesellschaftlichen Hintergrund als auch Ansatzpunkte der Arbeit von Bürgerstiftungen bildet, vor und nach der Wende geprägt?

Demokratiepolitik in den neuen Bundesländern

Vorliegende Analysen des Zentrums Demokratische Kultur [2] zeigen zumindest in spezifischen Regionen Ostdeutschlands eine nur schwache Akzeptanz von zentralen Momenten des bundesrepublikanischen Demokratiemodells. Das Problem ist dabei vielschichtig und nur zeithistorisch zu begreifen.

Grundlegende demokratische Strukturen wurden in Ostdeutschland geschaffen: Es gibt Wahlen, Parlamente und Verwaltungen. Die ideelle Verankerung der Demokratie hingegen wurde vernachlässigt. Dabei ist davon auszugehen, dass ein demokratisches System nicht nur demokratische Strukturen, sondern eben auch eine ideelle Verankerung bei Eliten wie auch in der Breite der Bevölkerung benötigt, um dauerhaft als stabil zu gelten. In den Wendejahren wurde von Seiten der Bundespolitik auf ein gesondertes Programm zur Entwicklung einer demokratischen Kultur verzichtet. Man vertraute auf die Vorstellung einer idealisierten und verklärten Form der westdeutschen 50er Jahre: dass ein ökonomischer Aufschwung quasi automatisch zu einer Verankerung systemkonformer Einstellungen führe. Tatsächlich zeigen Umfragen aus den Jahren 1990 bis 1993 in der ostdeutschen Bevölkerung eine breite Offenheit gegenüber dem bundesrepublikanischen Demokratiemodell. Danach blieben sowohl der Wirtschaftsaufschwung als auch – und das ist nicht unumstritten – eine vertiefte Verankerung des politisch-gesellschaftlichen Wertesystems aus. Dies heißt nicht, dass automatisch antidemokratische Einstellungen vorherrschten.

Kommunal konnten sich häufiger politische Stile durchsetzen, die ein breit verankertes Bedürfnis nach örtlicher Autorität sowie nach sozialpolitischer Rundumversorgung und -verantwortung des Staates zu befriedigen vorgaben. Demokratie lebt aber von der Eigenverantwortung des Einzelnen, von seinem Einsatz fürs Gemeinwesen, und setzt nicht auf die Allzuständigkeit des Staates. Hier zeigt sich eine Tradition des Staatsverständnisses, die, basierend auf den Erfahrungen der DDR, in Teilen der Gesellschaft Ostdeutschlands bis heute fortwirkt.

Angelehnt an osteuropäische Debatten wurde von Seiten einiger Bürgerbewegter der Begriff der Zivilgesellschaft [3] reaktiviert. Er bezeichnet jenen Raum zwischen Privatsphäre und staatlichen Strukturen, in dem sich die Gesellschaft z. B. in Netzwerken, sozialen Bewegungen oder Vereinen organisiert. In Ostdeutschland fehlt es an einer aktiven, eindeutig demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft, die meinungsbildend wirkt und Diskurse initiieren kann. Viele der in der Sphäre der Zivilgesellschaft sich befindenden Gruppen begreifen sich als »unpolitisch« und sind zumindest potentiell anfällig für rechtsextreme Unterwanderungsversuche. Betrachtet man kommunale Situationen, so lassen sich heute im Osten Deutschlands verschiedene soziale Gruppen und Entwicklungen benennen: Viele der eindeutig und offen demokratisch gesinnten Personen ziehen sich zunehmend im Frust aus der Öffentlichkeit zurück. Sie fühlen sich überwältigt von den sozio-ökonomischen Verwerfungen, zweifeln zunehmend an der Aufrichtigkeit demokratischer Eliten und fühlen sich vor Ort allein gelassen. Sie sind noch immer Demokraten, (ver-)zweifeln jedoch an der real existierenden Demokratie.



Eine kleine Gruppe vor allem jüngerer Ostdeutscher, aber auch zugezogener Westdeutscher, artikuliert sich zunehmend im Sinne demokratischer Wertvorstellungen. Oft brauchen diese Gruppen Jahre, bis sie vor Ort gesellschaftlich akzeptiert werden; manchen gelingt es gar nicht.

Vielen Menschen ist das bundesrepublikanische Demokratiemodell nach wie vor fremd. Sie verfügen zwar über eigene demokratische Vorstellungen, wissen jedoch wenig bis nichts über die ideellen Grundlagen der hiesigen Demokratie wie z. B. die grundgesetzlich festgelegten Bürgerrechte. Augenfällig wird dieses beispielsweise bei Lehrerfortbildungen, wenn darüber geklagt wird, dass es früher klare Aufträge gab und man heute nicht mehr wisse, was man eigentlich meinen oder gar sagen dürfe.[4] Entsprechend hilflos sind die Vermittlungsversuche an die jeweiligen SchülerInnen.

Eine zunehmend große Gruppe vergleicht den politisch-gesellschaftlichen Zustand der BRD mit der Endphase der DDR. Das System sei unehrlich, abgehoben und westlich dominiert, ökonomisch gescheitert und politisch handlungsunfähig. Die politische Elite von CSU bis zu den Bündnisgrünen sei beliebig austauschbar. Von ihr wird nichts Gutes mehr erwartet. Die real existierende Form der Demokratie wird nur noch mit sozio-ökonomischen Krisen und persönlichen Entwertungserfahrungen gleichgesetzt, weshalb dieses System überwunden werden müsse. Dabei solle der »einfache Mann auf der Straße« wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die unübersichtlichen gesellschaftlichen Prozesse seien zu beseitigen und neue Wege, basierend auf positiven Erfahrungen der sozialen Sicherheit in vergangenen politischen Systemen, zu beschreiten.
Vermehrt sind auch Prozesse sozialer Verwerfungen und von Desintegration zu beobachten. Alkohol, Zynismus, Krankheiten, Rückzug aus dem öffentlichen Leben in der Gemeinde, Gewaltanwendungen sind dafür Hinweispunkte. In einem Gespräch mit dem Autoren sorgte sich der Spitzenkandidat der NPD in Mecklenburg-Vorpommern um eben jene Gruppe: »Diese Leute können ja nicht mal wir mehr erreichen. Wie wollen dann die Systemparteien das schaffen?«

Die Stärken dieser Gruppen sind kommunal differenziert und analytisch noch nicht klar genug gefasst und beschrieben. Dennoch deuten sie auf das Problem der zu schwachen demokratischen Kultur, insbesondere in ländlichen Regionen, hin. Hinzu kommt eine Vielzahl problematischer Kontextbedingungen, die sich erschwerend auswirken.

Kontextbedingungen

Ostdeutschland befindet sich noch immer im Umbruch. Zentrale Entwicklungslinien dieses Umbruchs sollen hier kurz skizziert werden, um die Kontextbedingungen der politischen Meinungsbildung aufzuzeigen:

Aufbau Ost

Die relative Angleichung der Löhne in den Jahren nach 1990 führte in Ostdeutschland dazu, dass zu wenige Betriebe Überlebenschancen hatten. Die Lohnkosten stiegen im Verhältnis zur Produktivität der DDR-Betriebe ins Unermessliche, so dass nur noch wenige Betriebe – trotz potentiell einsetzender Modernisierung – noch wettbewerbsfähig waren.
Die derzeitige Debatte ist geprägt durch die Diskussion über die Vergabe der staatlichen Mittel. An die Stelle der Streuung tritt die Idee der Konzentration auf ökonomische Zentren. Solche »Leuchttürme« sollen auf das gesamte Umland ausstrahlen und den nötigen ökonomischen Aufschwung bewirken. In einzelnen Regionen wie Leipzig, Dresden, Erfurt oder Potsdam sind diesbezüglich auch schon erhebliche Fortschritte erkennbar. Die Kehrseite dieses Ansatzes ist jedoch de facto die Aufgabe strukturschwacher Regionen, die zu den Hauptaktionsfeldern antidemokratischer Entwicklungen wie dem Rechtsextremismus gehören.

Demografischer Faktor

Jüngere und besser qualifizierte Menschen zieht es wahlweise nach Westdeutschland, in die östlichen Ballungszentren oder auch ins Ausland. »Übrig« bleiben Ältere und gering Qualifizierte. Hinzu kommen die immer noch geringe Geburtenquote und das Ausbleiben von nennenswerter Einwanderung. Die Sozialstrukturen wandeln sich dabei in einem schwer überschaubaren Maße. Im politischen Kontext ist die Frage des Nachwuchses bereits problematisch. Generell besteht ein Mangel an qualifiziertem Nachwuchs in den Parteien wie auch in anderen demokratischen Institutionen (Gewerkschaften, Interessenverbände etc.). Zentrale demokratische und gesellschaftlich integrierende Organisationen leiden flächendeckend an Überalterung und z. T. an einer komplett fehlenden Verankerung besonders in ländlichen Regionen.

Demokratieverständnis

Ein anderer Punkt ist die teilweise immer noch mangelhafte Ausprägung von demokratischen Grundverständnissen auch in eigentlich demokratiefördernden Institutionen. Besonders offensichtlich ist dieser Mangel in der Praxis vieler Schulen. Fünfzehn Jahre nach der Wende trifft man noch immer einzelne Politiklehrer, die das Grundgesetz nie zur Kenntnis genommen haben und die sich ohne die alten Vorschriften aus DDR-Zeiten orientierungslos fühlen. Derart verunsicherte Lehrer können jedoch Demokratie nur als Zehn-Punkte-Programm zum Auswendiglernen und nicht als Lebensprinzip glaubhaft präsentieren. Die Verunsicherung darüber, was Demokratie eigentlich meint, zeigt sich auch in der häufigen kommunalen Unsicherheit zum Umgang mit politischen Veranstaltungen. An die Stelle der konstruktiven, demokratischen Auseinandersetzung mit dem Problem rechtsextremer Aufmärsche tritt der autoritäre Reflex, der nach Verbot als heilbringendem Lösungsmoment ruft.

Finanzsituation der Länder und Kommunen

Die Finanzsituation der ostdeutschen Länder und Kommunen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verheerend. In Verbindung mit dem demografischen Faktor zieht sie einen Abbau demokratischer Grundstrukturen in den Bereichen Schule, Jugendarbeit, Kultur und Zivilgesellschaft nach sich.
Diese Kontextbedingungen sind bei einer Analyse der politischen Kultur, der Einstellungen und auch bei der Frage nach der Zukunft der Demokratie zu beachten. Das derzeitige Problem ist die schwächelnde demokratische Kultur. Politische Ansätze müssen deshalb auf ihre Stärkung ausgerichtet werden.

Was ist somit zu tun?

Die kurze Beschreibung der Kontextbedingungen deutet auf ein wesentliches Strukturproblem im Heute und in der Zukunft hin. Noch fehlen realistische Antworten auf die Frage nach dem Erhalt der Demokratie in einer globalisierten Welt, auf die Auswirkungen und Gestaltungsoptionen des demographischen Faktors, auf die spezifischen Zukunftschancen der regionalen Entwicklung in Ostdeutschland. Antworten auf diese Probleme zu entwickeln, ist oberste Priorität für Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
Parallel dazu ist jedoch jetzt schon ein massiver Einsatz zur Demokratiestärkung im kommunalen Nahraum nötig. Eine zentrale Zukunftsfrage wird sein, ob der Aufbau und die Sicherung einer attraktiven, lebendigen und eindeutig demokratischen Zivilgesellschaft in



Ostdeutschland gelingt. Beispielsweise sind erprobte Arbeitsansätze wie der des »Community Coaching« [5] explizit darauf angelegt, mittels analytischer und partizipativer Verfahren zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens gerade in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gefährdungen beizutragen. Wir brauchen ein nachhaltiges Unterstützungsnetzwerk zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Diese kommen zumindest in naher Zukunft nicht ohne professionelle Hilfen aus, deren Finanzierung jedoch gerade von den besonders betroffenen Gemeinden nicht übernommen werden kann, so dass landes- oder bundespolitische Sicherungen notwendig sein werden.

Bürgerstiftungen spielen diesbezüglich eine besondere Rolle. Sie stellen Agenturen der demokratischen Selbstbestimmung dar und können nachhaltig Prozesse der Demokratieförderung unterstützen und sichern, indem sie die Bevölkerung vor Ort aktivieren, sich in einem demokratischen Sinne für die Belange ihrer direkten Umwelt einzusetzen. Ihre Zielsetzungen sind in vielen Fällen explizit demokratiefördernd. Vor allem die Tätigkeit in der Jugend- und Bildungsarbeit setzt dort an, wo heute Defizite bestehen. Dabei werden idealerweise alle Bevölkerungsschichten einbezogen.

Anmerkungen

(1) Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004, in: Ders. (Hrsg.); Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt 2005, S. 13-36; hier: S. 13

(2) Kommunalanalysen des Zentrums Demokratische Kultur für den Landkreis Dahme-Spreewald (2001 und 2002) und Berlin Marzahn-Hellersdorf (2003)

(3) zur Begrifflichkeit vgl. Anetta Kahane: Was ist Zivilgesellschaft?, in: Bulletin Nr. 1/2000, hrsg. vom Zentrum Demokratische Kultur, S. 6-12

(4) Beispiel aus der Beratungspraxis des Autors; in ähnlicher Form in Berlin, Brandenburg, Thüringen und Sachsen

(5) vgl. Zentrum Demokratische Kultur / Ernst Klett Schulbuchverlag (Hrsg.): »Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie.« Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, Berlin/Leipzig 2003 (erschienen in der Schriftenreihe »Bulletin«, Nr. 4/2003) sowie Dierk Borstel: Community Coaching – ein Ansatz der kommunalen Demokratieentwicklung, in: Migration und Soziale Arbeit, Nr. 1/2005, S. 48-53

Die Bürgerstiftung – ein nützliches Modell für unsere Stadt?

Christian Petry

In vielen Städten stellen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger die Frage, ob eine Bürgerstiftung ein gutes Modell für die Weiterentwicklung der Stadt wäre und, wenn diese Frage bejaht wird, wie eine solche Bürgerstiftung aufgebaut werden könnte und von welchen Erfahrungen anderer Bürgerstiftungen man dabei ausgehen kann.

Argumente für eine Bürgerstiftung

Um das Ob beurteilen zu können, sollte man vier Fragen beantworten können:

1. Gibt es soziale Probleme und öffentliche Aufgaben, bei deren Bewältigung es privater Initiative bedarf?

Auch die fiktive Stadt, um die es im Folgenden exemplarisch gehen soll, ist gewiss kein Land der Seeligen: Das Problem der Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen zum Beispiel mag hier geringer sein als in den sozialen Brennpunkten der Bundesrepublik; dass dies aber eine befriedigend bewältigte Aufgabe sei, wird vermutlich niemand behaupten. Daher ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass dies ein Stiftungsthema werden könnte.
Ähnliches ist zu sagen über die Aufgabe der Integration von Migranten: Dies ist zweifelsfrei eine Aufgabe, die die Verwaltung nicht allein mit der Aussicht auf Erfolg bearbeiten kann, sondern wo es vielmehr die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Bürgergesellschaft mit allen ihren Initiativen braucht.
Auch die Kultur, die Umwelt oder die Stärkung demokratischer Kultur stellen Aufgaben, deren Bearbeitung das verlangt, was heutzutage oft als »public private partnership« bezeichnet wird. Es braucht, kurz gesagt, in nahezu allen gesellschaftspolitischen Bereichen die Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Und Bürgerstiftungen können hierfür gute Voraussetzungen schaffen.

2. Wird private Initiative vor allem wegen der Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte wichtiger, oder gibt es dafür auch andere Gründe?

Geld ist sicher wichtig. Viele sinnvolle Zwecke ließen sich heute gar nicht mehr verfolgen, wenn es nicht die Bereitschaft auf privater Seite gäbe, sich finanziell zu engagieren. Aber wenn man an die Gefährdungen demokratischer Kultur, an die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen und die Integration von Migranten denkt, dann wird deutlich, dass in diesen Bereichen eine langfristige und strukturelle Zusammenarbeit notwendig ist. Es geht hier eben nicht um Spenden zur Abwendung einer aktuellen Not. Diese sind gewiss auch wichtig, aber notwendig ist oft nicht Mildtätigkeit, sondern nachhaltiges Engagement für eine soziale Entwicklungsarbeit. Von Bürgerstiftungen kann erwartet werden, dass sie zu solch nachhaltiger Entwicklungsarbeit in der Lage sind.

3. Gibt es Ansätze, an die man anknüpfen kann?

Ja, die gibt es vermutlich auch in der Stadt, die hier zur Debatte steht. Es ist zugleich leichter und schwieriger, wenn es bereits viele Initiativen in allen Bereichen gibt: Leichter ist es, weil man in der Stadt von Engagement und Kompetenzen bei den Bürgerinnen und Bürgern ausgehen kann. Und es ist schwieriger, weil oft Misstrauen, Eifersucht und Konkurrenzängste überwunden werden müssen.

4. Was aber kann die Bürgerstiftung, was die Vereine und Initiativen nicht können? Was nützt ihnen eine Bürgerstiftung?

Die Bürgerstiftung kann Kapital sammeln. Sie hat das Ziel, sich zu einer Geld gebenden Einrichtung zu entwickeln, und sie ist nicht an einzelne Zwecke gebunden, sondern kann übergreifende Ansätze verfolgen. Bürgerstiftungen sammeln ihrerseits Stiftungen und Zustiftungen, deren Erträge den einzelnen Initiativen und Vereinen zu Gute kommen können. Kurz, die Bürgerstiftung ist ein Instrument der Nachhaltigkeit. Sie kann Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen stiften, z. B. zwischen Kunst, Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft.

Es gibt also viele Aufgaben, die ein nachhaltiges Bürgerengagement erfordern. Eine Bürgerstiftung kann einem solchen Engagement eine gute und stabile Form geben. Es gibt deswegen eine sich ausbreitende Tendenz großer Wohlfahrtsverbände, eigene Stiftungen zu

gründen, um sich selbst eine Kapitaldecke zu schaffen. So hat z. B. in Essen die Arbeiterwohlfahrt eine eigene Bürgerstiftung gegründet. Die Idee, die hinter der Bürgerstiftung steht, ist aber eigentlich eine andere: eine fördernde Einrichtung aufzubauen, die potenziell allen nützt und nicht nur einzelnen.

Wege zum Aufbau einer Bürgerstiftung

Bei der Frage nach dem Wie sollten vier Punkte berücksichtigt werden:

1. Die Bürgerstiftung muss das Vertrauen von Mäzenen gewinnen und zugleich viele Menschen an der Gestaltung der Stiftung beteiligen.

Bürgerstiftungen können auf unterschiedliche Weise entstehen: Ein Mäzen kann den Anstoß geben, oder ein Unternehmen kann durch einen großen Beitrag die Basis für die Gründung einer Bürgerstiftung schaffen. Der Gemeinderat kann zum Jubiläum einer Stadt eine Stiftungsgründung anregen oder eine solche Initiative anderer unterstützen. Ein kleiner Kreis wohlhabender und angesehener Bürger mag aus der Zusammenarbeit in einem Club für die Förderung sozialer Projekt die Konzeption einer Stiftung entwickeln und dafür Geld sammeln.
Für all diese Möglichkeiten gibt es bereits Beispiele in Deutschland. Auf welche Weise die Bürgerstiftung auch immer entsteht, sie muss sehr bald die Frage beantworten können, wem die Stiftung gehört – den wohlhabenderen Gründern aus der Welt der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung, oder aber den vielen Engagierten, die neben (weniger) Geld auch ihre Ideen und ihre Zeit einbringen und ihre Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten vergrößern wollen?
Eine Bürgerstiftung der Stadtverwaltung, der Unternehmer oder Honoratioren wird sich nicht erfolgreich entwickeln können, wenn sie die Vielen nicht angemessen an der Gestaltung der Stiftung beteiligt. Eine Bürgerstiftung ist, stärker als die großen themenorientierten Stiftungen, darauf angewiesen, dass eine breite Schicht engagierter Bürger sie zu ihrer Sache macht. Das bedeutet, dass man um vielleicht schwierige Abstimmungs- und Verhandlungsprozesse nicht herumkommt, denn die Bürgerstiftung ist prinzipiell offen für viele, sehr heterogene Wünsche und Impulse aus der Bürgergesellschaft. Schon das erforderliche Grundkapital von 50.000 € für eine Anerkennung als Stiftung privaten Rechts sollte daher durch möglichst viele Bürger aufgebracht werden.

2. Die Bürgerstiftung steht in Konkurrenz zu den Kommunen, der Kirche und den Banken.

Wenn Bürgerstiftungen erfolgreich Stiftungskapital sammeln wollen, dann sollten sie ein deutlich anderes Profil haben als Fördervereine mit sehr allgemeinen Förderzwecken oder z. B. ein Spendenparlament. Wer sein Vermögen vererben will, neigt nach aller Erfahrung in Deutschland nicht dazu, sein Geld einer Einrichtung aus der Mitte der Bürgergesell-



schaft anzuvertrauen. Man vererbt sein Vermögen in großem Umfang an die Stadt, an eine Bank, allenfalls an die Kirche oder eine vergleichbar etablierte Institution. Die großen Banken wie die Dresdner Bank und die Deutsche Bank haben inzwischen eigene Stiftungsverwaltungen.
Die Welt der Initiativen scheint auch dem stiftungsbereiten Bürger weniger verlässlich zu sein als Staat und Wirtschaft. Dies ist beispielsweise in den angelsächsischen Ländern deutlich anders. Wer erfolgreich Stiftungskapital bei einer Bürgerstiftung sammeln will, tut daher in Deutschland gut daran, sich zum Beispiel der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und der Mitwirkung der Banken zu versichern. Dies sollte aber nicht so weit führen, dass ein Unternehmen oder die Stadt selbst eine Bürgerstiftung aufbauen. Denn dies gefährdet das andere wichtige Ziel, die Förderung der Eigenaktivität und die Ausgestaltung eines institutionellen Raums, der Bürgerinnen und Bürger ermutigt, Probleme zu identifizieren und Problemlösungsressourcen bei sich selbst zu entdecken und zu entwickeln.
Als die von der Stadt Ulm gegründete und von den Fraktionen des Gemeinderats bestimmte Stadtstiftung eröffnet wurde, murmelten zwei offensichtlich stiftungsbereite, wohlhabende Damen: »Die machen ja alles alleine und brauchen uns offensichtlich gar nicht!« Diese Anekdote verdeutlicht die Notwendigkeit, eine Balance zwischen einerseits dem Aufbau und der Gestaltung einer Partizipationskultur im »Dritten Sektor« und andererseits einer Stützung durch die beiden anderen Sektoren zu finden.

3. Die Bürgerstiftung braucht anschauliche Projekte zu konkreten Themen, die die Chancen von Bürgerengagement verdeutlichen, und eine Geschäftsführung, die sich um sie bemüht.

Eine der am häufigsten zu hörenden Fragen lautet: »Wieso soll ich der Bürgerstiftung Geld geben? Das ist mir zu indirekt. Wenn ich weiß, was ich will, gebe ich mein Geld lieber direkt an die Träger von Projekten.« Solange die Bürgerstiftung keine eigenen Projekte hat, die den Bürgern zeigen, wofür die Stiftung praktisch steht, werden vermutlich Wenige bereit sein, sich finanziell am Aufbau der Stiftung zu beteiligen. Die Herausforderung für die Bürgerstiftungen ist es, die Projekte so zu wählen und so zu beschreiben, dass sie auf gesellschaftspolitische Probleme hinweisen, die nicht schnell gelöst werden können, sondern ein langfristiges Engagement erfordern.
Auf der anderen Seite darf nicht der Eindruck entstehen, dass es sich hier im Grunde um Aufgaben handle, die »Sache des Staats« oder »der Industrie« seien. Das Problem mangelnder Ausbildungsstellen z. B. kann erfahrungsgemäß die Reaktion hervorrufen, dass die Unternehmen für Abhilfe sorgen sollten: »Die sollen halt wieder mehr Lehrstellen einrichten.« »Wieso soll ich dafür Geld geben?« war zum Beispiel die allgemeine Antwort von Bürgern auf ein Fundraising-Projekt in diesem Bereich.

Die Frage, die sich die Bürgerstiftung stellen sollte, ist daher folgende: Durch welche unmittelbar einleuchtenden, konkreten Projekte kann die Verantwortungsbereitschaft gestärkt werden, sich an der Bearbeitung nur langfristig zu lösender Probleme zu beteiligen? Und sie muss dabei auch eine Antwort auf die Frage finden, wieso die Bürger dafür selbst etwas tun müssen und dies nicht »den dafür Zuständigen« überlassen können. »Wir wollen schließlich nicht dem Staat an dieser Stelle sparen helfen«, ist ein Satz, den wohl jeder gehört hat, der sich für eine Bürgerstiftung engagiert.
Es ist nicht einfach, die richtigen Projekte zu formulieren, die eine inspirierende Wirkung haben. Sie werden je nach Situation unterschiedlich sein und auch keineswegs nur im Bereich des Sozialen liegen. Jedenfalls sind Bürgerstiftungen gut beraten, wenn sie dafür möglichst bald eine operative Dimension aufbauen. Und das heißt konkret: eine hauptamtlich oder ehrenamtlich arbeitende Geschäftsführung zu etablieren.

Da die meisten Bürgerstiftungen am Anfang nicht über ein ausreichendes Kapital verfügen, um aus den Zinserträgen eine Geschäftsführung bezahlen zu können, bleibt als Möglichkeit oft nur, die dafür notwendigen Mittel im Rahmen von Projektarbeit zu finanzieren. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden, wenn das Projekt sozusagen im Motivationszentrum der Stiftung platziert ist. Die Konzentration auf eigene, zu einem erheblichen Teil fremd finanzierte Projekte kann aber auch Probleme schaffen, die man sorgfältig behandeln muss.



4. Bürgerstiftungen geraten in der Aufbauphase leicht in die Gefahr, als Konkurrenten um knappe Mittel betrachtet und von etablierten Einrichtungen des »Dritten Sektors« behindert zu werden.

Die Idee, angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel zur Finanzierung von Projekten um private Mittel zu werben, liegt nahe. Außerdem hat sich herumgesprochen, dass in den kommenden zehn Jahren mit einer großen Welle von Erbschaften zu rechnen ist. Die etablierten Verbände der Wohlfahrtspflege und auch kleinere »bewährte« Träger versuchen daher, durch Gründung eigener Stiftungen, durch den Aufbau von Fördervereinen und Freundeskreisen etwas von diesem großen Kuchen abzubekommen. Kurse für Fundraising boomen. Es gibt hier einen harten Konkurrenzkampf um öffentliche Mittel, um öffentliche Aufmerksamkeit und um die besten Zugänge zu privatem Geld. Mit einem »Haifischteich« hat ein Beobachter einmal die Welt der unter finanziellen Druck geratenen Träger der Jugendhilfe und der sozialen Wohlfahrtspflege, also des gut organisierten Teils des »Dritten Sektors« beschrieben. Sobald neue Initiativen auftauchen, müssen sie mit mehr oder weniger verborgenem Druck und Verhinderungsbewegungen aus diesem Sektor rechnen. Dies gilt auch für Bürgerstiftungen, vor allem wenn sie sich um Finanzierungen für vergleichbare Projekte bei den gleichen Stellen bewerben.

Was ist dagegen zu tun? Empfohlen werden kann zum Beispiel, bei der Entwicklung von Projekten sehr genau darauf zu achten, dass es nicht bereits vergleichbare Initiativen anderer gibt, sondern dass neue Ideen umgesetzt werden. Ein Patentrezept gibt es aber nicht. Doch wenn man die Gefahr kennt, dann fällt es leichter, die Richtung zu halten, die die Bürgerstiftung auf Dauer aus dem Fahrwasser der Konkurrenz führt. Das Ziel müsste es sein, die Bürgerstiftung so schnell wie möglich als geldgebende Einrichtung zu etablieren und sie in eine Art Mediatorenrolle sowohl zwischen den drei Sektoren als auch zwischen den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zu bringen.

Resümee

Viele Wege können zu einer Bürgerstiftung führen, aber ebenso viele Sackgassen: Es ist hilfreich, wenn es einen oder besser mehrere potente Gründer gibt, aber die Bürgerstiftung darf ihnen nicht überlassen bleiben. Es ist gut, wenn die Stadt den Rahmen schafft und als Garant wirkt, sie darf aber nicht als Betreiber erscheinen. Es ist gut, wenn die Bürgerstiftung aus der Mitte der Bürgerschaft entsteht, aber sie muss den Eindruck vermeiden, dass hier eine bestimmte Gruppe ihr Hobby betreibt und um öffentliches und privates Geld konkurriert. Es ist gut, wenn sich starke Verbände bei der Gründung engagieren, aber die Stiftung darf nicht von solchen Verbänden abhängig werden. Gebraucht wird eine Bürgerstiftung, die ein Haus für Stifter bietet. Dieses Haus sollte so seriös erscheinen wie eine Bank oder die Stadtverwaltung, aber inhaltlich und thematisch beweglicher und kundiger als diese. Ein solcher Eindruck muss entstehen: Hier ist meine kleine Stiftung gut aufgehoben, hier wird seriös und ethisch einwandfrei mit meinem Geld umgegangen, und mein Geld ist hier so sicher wie in der Kirche oder in der Kommunalverwaltung. Hier ergänzt es nicht nur den städtischen Haushalt, sondern es wird kreativ, kundig und verantwortlich mit ihm umgegangen. In der Bürgerstiftung gibt es hauptamtlich und ehrenamtlich wirkendes Personal, das Innovationslücken staatlichen Handelns entdeckt und das Geld so einsetzt, dass diese Lücken geschlossen werden können.

Bürgerstiftungen und das Engagement für demokratische Kultur

Eine Diskussion zwischen André Koch (Barnim-Uckermark-Stiftung), Marion Rohland (MitBürger e.V., Sangerhausen) und Andreas Hesse (Bürger.Stiftung.Halle). Das Gespräch moderierten Martina Benz, Timo Reinfrank und Anne Wabelhorst.

Was war die Motivation zur Gründung einer Bürgerstiftung? Spielte die Förderung demokratischer Kultur bei der Gründung eine Rolle?

André Koch (Barnim-Uckermark-Stiftung): Die Anregung zur Gründung einer Bürgerstiftung für die Stadt Eberswalde bzw. die Region Barnim und Uckermark kam von verschiedenen Akteuren und engagierten Einzelpersonen aus der Stadt und der Region, wie der ehemaligen Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring, oder dem Koordinator für ein Tolerantes Miteinander der Stadt Eberswalde, Kai Jahns. Starke Unterstützung erhielten wir dann von der Amadeu Antonio Stiftung, der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen Jugendarbeit und Schule e. V. aus Berlin sowie der Freudenberg Stiftung. Von Anfang an stellte sich dabei – vor allem aufgrund der beteiligten Personen und Institutionen – die Frage nach einer potentiell demokratiefördernden Wirkung einer Bürgerstiftung. Gleichwohl ging es den Akteuren natürlich auch darum, eigene organisatorische und finanzielle Ressourcen vor Ort aufzubauen, um solcherart demokratisches Engagement langfristig zu sichern. Der Gründungszusammenhang ist dabei nicht nur auf die lokalen und regionalen Akteure beschränkt gewesen, die in der direkten Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus bzw. Demokratiegefährdung standen, sondern bezog Akteure aus »angrenzenden« Gruppen und Zusammenhängen, beispielsweise aus der Lokalen Agenda und dem Bildungsbereich, mit ein.



Marion Rohland

Marion Rohland (MitBürger e.V., Sangerhausen): Wir sind ja noch mitten auf dem Weg, eine Bürgerstiftung zu gründen. Als Mensch habe ich Interesse daran, dass Arbeit sinnvoll und dauerhaft wirkt. Dass Energie – ob menschlicher oder finanzieller, materieller Art – nicht spurlos im Raum verschwindet. Aus diesem Anliegen ergab sich für mich die Frage, wie ich die Arbeit eines gemeinnützigen Projekts heute so gestalten kann, dass sie auch noch wirkt, wenn es das Projekt so einmal nicht mehr geben kann. Der Grundgedanke war also Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung. So kam ich auf das Instrument Bürgerstiftung. Es ist ein wesentliches Merkmal der Bürgerstiftung, dass von dem Engagement und dem Geld, das Opa heute investiert, noch der Enkel profitieren kann. Dieser Gedanke reizte mich – und mit mir dann auch andere Bürger der Region Sangerhausen. Einen zweiten Anstoß gab ein zufälliges Gespräch mit einem Mitarbeiter der Verwaltung. Wir fanden beide Gefallen an der Frage und Herausforderung, eine alte, unselbstständige Stiftung in der Stadt Sangerhausen für die Gründung einer Bürgerstiftung in der Region zu nutzen.



André Koch

Und inwieweit demokratische Kultur bei der Gründung einer Bürgerstiftung eine Rolle spielt? Wir haben das ja nicht für unsere privaten Vorgärten getan, sondern für die Region, in der wir leben. Wenn sich ein Unternehmer, ein Lehrer, eine Zahnärztin, ein Bürgermeister, ein Redakteur etc. auf den Weg machen, um eine Bürgerstiftung zu gründen, erproben sie Demokratie. Denn sie entscheiden sich bewusst dafür, ein gemeinschaftliches, demokratisches Miteinander mitzugestalten. Sie nehmen Einfluss, sie entwickeln eine Idee und sich selbst. Insofern kann das Vorhaben, eine Bürgerstiftung zu gründen, gar nicht losgelöst von Demokratieentwicklung betrachtet werden. Im Gegenteil: Das Ziel ist Demokratieentwicklung, wenn Menschen eine Bürgerstiftung aufbauen wollen, die der Gemeinschaft und dem Leben in einer bestimmten Region nutzt. Wesentlich ist dabei, wie ich dieses Ziel kommuniziere. Das heißt: Wie mache ich dieses Ziel dem Menschen mir gegenüber transparent, welche Räume eröffne ich ihm, sich mit meiner Positionierung, mit meiner Identität ebenfalls zu identifizieren. Welche Angebote kann er wahrnehmen, um selbst engagiert und aktiv eine demokratische Bürgerschaft zu erfahren und mitzugestalten?



Andreas Hesse

Andreas Hesse (Bürger.Stiftung.Halle): In Halle ist die Bürgerstiftung maßgeblich unter dem Dach der Freiwilligen-Agentur entstanden, in der ich von der Gründungszeit an erst ehrenamtlich und später hauptamtlich tätig war. Es war schon frühzeitig unser Wunsch, Initiativen bürgerschaftlichen Engagements auch finanziell unterstützen zu können. Einer-

Flohmarkt des Projektes »Handeln und Helfen« der Barnim-Uckermark-Stiftung

seits wollten wir zivilgesellschaftliche Akteure auf lokaler Ebene fördern. Andererseits ging es uns darum, die üblichen staatlichen Finanzierungsmuster durch andere, eher auf Philanthropie und Beteiligung ausgerichtete Formen zu ergänzen. Die Initiierung einer Bürgerstiftung schien uns hier die richtige Lösung. Der Gedanke der Demokratieentwicklung war insofern von Anfang an vorhanden, als dass es in unserem Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement zwingend enthalten ist. Bürgerschaftliches Engagement heißt für uns, aktiv Verantwortung zu übernehmen für ein reichhaltiges, vielfältiges, demokratisches Gemeinwesen. Dies schloss für uns die Integration von Minderheiten und das Bekenntnis zur Demokratie wie selbstverständlich mit ein. Deshalb haben wir dies in der Anfangszeit der Bürgerstiftung auch nicht explizit hervorgehoben. Letztlich war es ein Gespräch mit der Amadeu Antonio Stiftung, das uns die Notwendigkeit verdeutlichte, das Engagement für eine lebendige demokratische Kultur und für die Integration von Minderheiten in der Präambel unserer Satzung auch wörtlich festzuschreiben.

Gibt es also einen Automatismus, dass sich Bürgerstiftungen immer für eine demokratische Kultur einsetzen?

Andreas Hesse: Diese Frage lässt sich aus meiner Sicht zunächst mit einem klaren Nein beantworten – schon allein deshalb, weil es in Deutschland kein klares Bild davon gibt, was eine Bürgerstiftung sein soll. So gibt es eine Reihe von Stiftungen, die in ihrem Namen den Begriff »Bürgerstiftung« tragen, die aber weder in ihrer Zielsetzung noch von ihrer Struktur oder Gründungsgeschichte her demokratisch konzipiert sind. Eine Bürgerstiftung, wie wir sie in Halle aufbauen, versteht sich als ein Motor für eine lebendige Zivilgesellschaft. Das wird nicht nur in der Stiftungsarbeit deutlich, sondern schon in ihrer Struktur: Fast 200 Bürgerinnen und Bürger haben sich bisher an der Bürgerstiftung mit Spenden oder Zustiftungen beteiligt. Darunter sind ebenso Rentner, Auszubildende und Studierende wie Unternehmen und Selbstständige. Auf diese Weise macht die Bürgerstiftung Halle von ihrem Wesen her eines deutlich: Ein Gemeinwesen ist so reichhaltig, wie die Menschen bereit sind, dahinein zu investieren – Zeit, Geld, Ideen.

Wenn wir davon ausgehen, dass Freiheit ein wesentliches Bestimmungsmerkmal von Demokratie ist, dann ist es die Aufgabe einer Bürgerstiftung, diese Freiheit gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einer Region aktiv zu gestalten. Dabei müssen wir, dem Philosophen Isaiah Berlin folgend, zwei Dimensionen im Blick haben: Freiheit heißt sowohl die »Freiheit zu« als auch die »Freiheit von«. Sie bedeutet, gleichermaßen frei zu sein



Eine Aktion der Bürgerstiftung Berlin: Hausaufgabenhilfe durch Ehrenamtliche in Berliner Schulen

etwa in seinen Entscheidungen, in seinem Denken und seinem Gestaltungswillen. Freiheit beinhaltet aber auch, frei zu sein von beispielsweise Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung. Wenn eine Bürgerstiftung beide Dimensionen beachtet, dann, glaube ich, wirkt sie auch automatisch fördernd auf eine demokratische Kultur.

Marion Rohland: Schön, wenn es so wäre! Oder auch nicht schön, denn dann gäbe es eine automatisch geförderte demokratische Kultur – eine Auseinandersetzung des Einzelnen und der Gemeinschaft mit demokratischen Strukturen bliebe auf der Strecke. Das klare Bekenntnis von Menschen zu einem demokratischen, toleranten Miteinander wäre überflüssig, es käme ja »automatisch« mit der Bürgerstiftung daher. Denn Automatismus birgt die Gefahr der Passivität und Abgabe eigener Verantwortung. Nein, ich denke, dass es sehr davon abhängt, aus welcher Motivation heraus sich Menschen einer Region dafür entscheiden, sich in einer Bürgerstiftung zu engagieren. Dies kann im Kontext der Förderung einer demokratischen Kultur geschehen, muss aber nicht automatisch so sein. Es braucht schon das klare Bekenntnis der Initiatoren und Stifter, sich über die Bürgerstiftung für eine demokratische Gemeinschaft einzusetzen. Andererseits bietet das Instrument Bürgerstiftung ja schon in sich Möglichkeiten des demokratischen Umgangs miteinander – durch Mitbestimmung, Offenlegung, Beteiligung an Prozessen. So gesehen ist eine Bürgerstiftung – wenn sie entsprechend den gesetzlichen und wesensbedingten Vorgaben arbeitet – schon ein internes Lernfeld demokratischer Kultur.

André Koch: Ich würde sagen, Bürgerstiftungen sind potentiell demokratiefördernd. Sie können im Prinzip auch exklusiv, ausgrenzend, elitär, paternalistisch-wohltätig, bevormundend usw. sein. Demokratie fördend wäre indes das Gegenteil: integrativ, beteiligend, offen, vermittelnd, transparent. Die demokratische Wirksamkeit hängt meines Erachtens ganz wesentlich von den handelnden Personen bzw. Gründungsstiftern und deren Werteorientierung ab. Der Gründung der Barnim-Uckermark-Stiftung lag z.B. die dezidierte Absicht zu Grunde, mit der Stiftung zur Stärkung der demokratischen Kultur in der Region beizutragen. Bei anderen Bürgerstiftungen ist es möglicherweise eher »gefühlsmäßig«, als dass es

explizit formuliert wird. Demokratie bzw. Bürgergesellschaft zu stärken, heißt für uns auch, Eigeninitiative und individuelle Verantwortungsübernahme zu fördern. Insofern liegt unserem Handeln also eine sehr liberale Demokratiekonzeption zu Grunde. Ob sich dieser Anspruch aber auch in der Praxis wiederfindet, ist eine andere Frage. Daher haben wir für unsere Projektarbeit eine Frage entwickelt, an dem sich gegenwärtige und zukünftige Projekte messen lassen sollen: Fördert das Projekt Eigeninitiative und/oder Gemeinsinn?

Was können beispielhafte Projekte für eine demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein?

Marion Rohland: Klar ausgerichtete Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus können wir nicht vorweisen. In der Gründungsphase – in der wir uns ja immer noch befinden – haben wir gemeinsam mit Jugendlichen und Pädagogen ein »Detektivspiel« umgesetzt. Das Spiel sollte insbesondere bei Jugendlichen deren Wahrnehmung für ihr soziales, gemeinschaftliches Umfeld zu stärken und sie Wege ausprobieren zu lassen, Dinge in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mitzubestimmen und gegebenenfalls zu verändern. Die Ergebnisse der kleinen »Sozialraumanalyse« sollen u.a. die Grundlage für Handlungsbedarfe der Bürgerstiftung werden. Zugegeben, mit dem Verändern hat es noch nicht geklappt – da fehlte der lange Atem. Aber etwas sehr Wichtiges ist passiert: Die Jugendlichen haben wirklich ein breiteres Sichtfeld bekommen, was ihre Umgebung betrifft – Erwachsene würden vielleicht sagen: Sie haben ihren »Sinn für Gemeinschaft geschärft«. Und: die Gemeinschaft hat erstaunt wahrgenommen, wie ernsthaft und engagiert junge Menschen sich in eben diese einbringen können. In Gesprächen mit Bürgermeistern der »erforschten« Gemeinden und Städte haben die Jugendlichen auch lernen müssen, dass es zwei Dinge sind, die Missstände zu benennen und sie dann auch zu ändern.

André Koch: Nein, ein klassisches Projekt gegen Rechtsextremismus oder ähnliches haben wir bis jetzt nicht anzubieten. Wir haben uns auch zu diesem Zeitpunkt dagegen entschieden: Erstens, weil es dafür momentan schon andere Akteure in der Region gibt. Zweitens, weil wir in der Aufbauphase nicht vordergründig als monothematische Stiftung wahrgenommen werden wollen. Sondern eben als Bürgerstiftung mit einem breiteren Betätigungsfeld. Und mit einem anderen Ansatz: Statt Projekte gegen rechts oder für Toleranz oder ähnliches zu betreiben, wollen wir durch thematisch weiter gefasste Projekte zur Entwicklung einer demokratischen Bürgergesellschaft beitragen, die sich dann in der Konsequenz gegen rechtsextreme Anfeindungen zur Wehr setzen kann.

Andreas Hesse: Wir konzentrieren uns vor allem auf die Festigung einer demokratischen Kultur im Sinne einer gestaltenden, aktiven Bürgergesellschaft. Hierfür gibt es auch zahlreiche Beispielprojekte, wie etwa die von uns geförderte Jugendinitiative »klar«, die junge Menschen dahingehend berät, wie sie ihre gemeinnützigen Ideen in die Tat umsetzen können. Oder die Werkstattgespräche, bei denen wir mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Stifterinnen und Stiftern ins Gespräch darüber kommen, was unser Gemeinwesen braucht und was jeder Einzelne von uns dazu beitragen kann.

Wie ist das Verhältnis zu anderen lokalen Akteuren? Gibt es eine Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus?

Marion Rohland: Eine lokale Initiative gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist die Netzwerkstelle »Initiative Menschen'S.Kinder«. Der Verein MitBürger e.V., der Gründungsverein für die Bürgerstiftung Sangerhausen, nutzt die Geschäftsstelle als Kontakt, Treffpunkt und Dienstleister. So gesehen könnte das Verhältnis nicht enger sein als jetzt. In vielen Dingen hat sich diese Nähe auch schon sehr bezahlt gemacht, so zum Beispiel in einer Kooperation im Rahmen der Bundeskampagne »Wir ... hier und jetzt« oder bei der Umsetzung des Detektivspiels. Die entstandenen persönlichen Kontakte waren auch sehr hilfreich, als es um ein kurzfristiges Bündnis gegen einen Naziaufmarsch in Sangerhausen ging. Und genau betrachtet ging die Initiative zur Gründung einer Bürgerstiftung von der Netzwerkstelle aus. Eine gebündelte Nutzung der personellen und materiellen Ressourcen von Netzwerkstelle und MitBürger e.V. ist eine große Chance und eine gute Vorraussetzung, um gerade die Förderung einer demokratischen Kultur zum Schwerpunkt und Selbstverständnis einer Bürgerstiftung werden zu lassen.

André Koch : Leider nicht in dem Maße, wie wir es gerne hätten. Das ist schade, da die Stiftungsgründung ja unter anderem durch Personen vorangetrieben wurde, die sich in diesen Bündnissen engagiert haben. Immerhin halten einzelne unserer Stifterinnen und Stifter Kontakt zu den Bündnissen. Wir hatten ein Projekt mit und für die regionalen Bürger-



bündnisse geplant, um das ehrenamtliche Engagement dort mit gezielten Weiterbildungen und Entwicklungswerkstätten zu unterstützen und möglichst nachhaltig zu gestalten. Leider hat uns das Bundesprogramm CIVITAS hier eine Förderung versagt. Und »nebenbei« ist so etwas nicht zu leisten.

Andreas Hesse: Zurzeit bestehen nur lose Kontakte. Das liegt vor allem daran, dass unser Schwerpunkt – wie schon gesagt – vor allem im präventiven Bereich liegt. Hierauf bezogen arbeiten wir auch mit Partnern zusammen, die sich im Bereich der Antirassismusarbeit hervorgetan haben, beispielsweise mit dem Friedenskreis Halle, mit Radio Corax oder mit der Heinrich-Böll-Stiftung.

André Koch: Um ehrlich zu sein, geht das bei uns innerhalb der Stiftung momentan nicht über das Bekenntnis dazu hinaus. Nur zwei von etwas über 50 Stifterinnen und Stiftern haben einen Migrationshintergrund. Allerdings zielt eines unserer Projekte u.a. auf die Integration von Zuwandererkindern ab: Mit unserer Vorleseinitiative »Lesezauber« wollen wir Kinder aus eher buchfernen Familien erreichen. Weil wir wissen, wie wichtig das Vorlesen für den Spracherwerb und damit für gesellschaftliche Teilhabe ist, lesen wir außer in der Stadtbibliothek auch in einem Wohngebiet mit hohem Migrantenanteil vor. Unser Kooperationspartner ist dabei ein migrantischer Selbsthilfeverein.

Andreas Hesse: In unseren Grundsatzdiskussionen nimmt dieses Thema einen großen Stellenwert ein. Dass wir bei unserer ersten Förderrunde nur ein Projekt aus diesem Bereich gefördert haben, lag vor allem daran, dass wir kaum Anträge zu diesem Thema hatten. Bei unseren Stifterinnen und Stiftern jedenfalls sind auch Menschen mit Migrationshintergrund dabei. Der Anteil ist allerdings bisher ebenfalls noch eher gering.

Welchen Stellenwert haben die Förderung und die Einbindung von Minderheiten in die Bürgerstiftung?

Marion Rohland: Wir sind gerade dabei, die Satzung zu entwerfen, und sicher wird es ein klares Bekenntnis dazu in der Formulierung des Satzungszweckes geben. Wie treffend sind die Definitionen territorialer, sozialer, ethnischer, numerisch-statistischer Minderheiten? In einem Jugendfotobuch des Mädchentreff e.V. Sangerhausen, erschienen 1999, definierten sich Jugendliche im Vorwort selbst als »größte Randgruppe der Gesellschaft«. Ein hartes Bild, das damals sehr betroffen gemacht hat – zumal sie sich selbst so sahen und nicht von außen so definiert wurden. Das Bekenntnis der Initiatoren der Gründungsinitiative zur Partizipation von jungen Menschen war gegeben. Die Nähe der Netzwerkstelle Initiative Menschen'S.Kinder und ihrer Kooperationspartner – wie der AWO Kreisverband e.V. und sein Jugendmigrationsdienst können ein Ansatz sein, um Minderheiten – und damit Menschen der Gemeinschaft – in die Arbeit der Bürgerstiftung einzubeziehen.

André Koch: Die Förderung einer demokratischen Kultur ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe für uns. Allerdings haben wir uns eine vorläufige Selbstbeschränkung aufgelegt: Wir werden in der nächsten Zeit kein Projekt initiieren, was sich explizit »gegen rechts« richtet, weil wir den Eindruck einer »Gegen-Rechts-Stiftung« vermeiden wollen. Außerdem ist bei solchen schwierigen Themen immer auch etwas taktische Zurückhaltung geboten. Ich sage es mal so: Wenn wir ein Projekt nur für Flüchtlingskinder machen, interessiert das kaum jemanden hier vor Ort. Wenn wir aber ein Projekt für Kinder machen und dabei die Flüchtlingskinder einfach wie selbstverständlich dazugehören – dann haben wir eine ganz andere Resonanz.

Welche Rolle werden die Förderung einer demokratischen Kultur und das Engagement gegen Rechtsextremismus in Zukunft für die Bürgerstiftungen in Ostdeutschland spielen?

Andreas Hesse: Die Förderung einer demokratischen Kultur ist in unserer Präambel der Stiftungssatzung festgeschrieben. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für die gesamte Stiftungsarbeit, und sie wird sowohl von einem Großteil unserer Stifterinnen und Stifter als auch von Vorstand und Kuratorium immer wieder eingefordert. So haben im November 2004 fast die Hälfte aller Stifterinnen und Stifter an unseren Werkstattgesprächen teilgenommen. Im Rahmen einer Art »offener Klausurtagung« diskutieren wir einmal jährlich die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit und die zukünftigen Entwicklungen in der Stadt Halle. Der Bezug zu einer demokratischen Kultur wird aber beispielsweise auch deutlich, wenn ein Stifter vorschlägt, einen Preis für besondere Zivilcourage auszuschreiben – eine Idee, die wir verwirklichen werden.



Mehr Zukunft für Kinder: Die Barnim-Uckermark-Stiftung hat Spenden für die Freie Montessorisschule Barnim gesammelt

Marion Rohland: An dieser Stelle ist noch mal ein Blick auf die Motivation des Einzelnen zur Mitarbeit beim Aufbau der Bürgerstiftung wichtig. Sie ist bei zwölf Initiatoren sicher zwölf Mal verschieden. Und sicher sind nicht alle mit dem Bewusstsein angetreten, die demokratische Kultur in der Region Sangerhausen zu fördern. So gesehen braucht es auch intern Zeit und Kraft, das Bewusstsein einer demokratiefördernden Bürgerstiftung zu etablieren. Dieses Selbstverständnis braucht es aber, wenn die eigene Identität mit der Wahrnehmung der Bürger, mit dem Image der Bürgerstiftung in der Gemeinschaft übereinstimmen soll. Es macht sicher Sinn, das Leitbild unserer Gründungsinitiative noch einmal dahingehend zu überprüfen. Man kann wohl auch sicher davon ausgehen, dass die meisten Bürger ihre Motivation zum Stiften in der Sorge und dem Engagement für die regionale Gemeinschaft sehen. Daran richten sich logischerweise auch die Maßnahmen und Aktivitäten zur Mittelbeschaffung aus. Die direkte, öffentliche Etablierung der Bürgerstiftung als Instrument zur Förderung demokratischer Kultur gerät dabei oft in den Hintergrund. Andererseits ist jedes gemeinschaftlich ausgerichtete Engagement des Einzelnen oder auch von Institutionen und Unternehmen ein Stück Förderung des demokratischen Umgangs miteinander. Die Bürgerstiftung bietet in ihrem Wesen dafür optimale Bedingungen und Möglichkeiten – sofern es gewollt ist. Handlungsbedarf gibt es also in der Schaffung eines immerwährenden Selbstverständnisses, eine Bürgerstiftung zu sein, die demokratische Kultur fördert, und in der Etablierung dieses Selbstbildes in der Öffentlichkeit.

André Koch ist Geschäftsführer der Barnim-Uckermark-Stiftung.
Marion Rohland ist Vorsitzende von MitBürger e.V., der Initiative zur Gründung einer Bürgerstiftung in der Stadt und der Region Sangerhausen.
Andreas Hesse ist Geschäftsführer der Bürger.Stiftung.Halle.

Beispielhafte Bürgerstiftungen und Initiativen aus Ostdeutschland und aus Berlin stellen sich vor

Berlin

Bürgerstiftung Berlin

Bürgerstiftung Berlin
Gemeinsam Zukunft gestalten

Die Bürgerstiftung Berlin versteht es als ihre Aufgabe, die Integration gesellschaftlicher Randgruppen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, zu fördern und das Bewusstsein für soziale Verantwortung, bürgerschaftliches Engagement und die Hilfe zur Selbsthilfe zu vertiefen. Vor allem in den Bereichen Bildung und Erziehung, Kunst, Kultur und Demokratieverständnis entwickelt die Bürgerstiftung innovative Projekte, die den gesellschaftlichen Reformprozess unterstützen und voranbringen.
Angestoßen von einem Vortrag von Dr. Christian Pfeiffer, Initiator der Bürgerstiftung Hannover, gründete ein Kreis von Berlinern Ende der neunziger Jahre einen Verein zur Gründung der Bürgerstiftung Berlin. Durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen konnte bald ein Berliner Bürger gefunden werden, der dem Verein 375.000 DM für die Gründung der Stiftung spendete. Die Gründung erfolgte im Juli 1999. Die Stiftungsarbeit wird heute von einer hauptamtlich beschäftigten Leiterin der Geschäftsstelle, einer Projektkoordinatorin und etwa 250 Ehrenamtlichen in den Gremien und den Projekten ausgeführt. Das Stiftungskapital beträgt zurzeit 230.000 Euro.
Mit dem Projekt »Schulverweigerer« startete die Bürgerstiftung im Jahr 1999 an der Jean-Piaget-Oberschule Marzahn-Hellersdorf. Bald wurde das Projekt an vier weiteren Schulen etabliert. In kleinen Gruppen werden schuldistanzierte Jugendliche von einem Sozialpädagogen und von Lehrern betreut; sie können innerhalb von sechs bis zwölf Monaten in den Regelunterricht zurückgeführt werden. Mit der Schulreform, die den einzelnen Schulen wesentlich mehr Spielraum lässt, geht dieses Projekt in eine neue Phase. Letztendlich soll ein praxisbezogener Ausblick auf eine verbesserte Struktur der Zusammenarbeit von verschiedenen Bildungs- und Erziehungsträgern in Berlin sowie der Einbezug der Eltern (Nachschulung und Erziehungshilfe) ermöglicht werden.

Bürgerstiftung Berlin
Dr. Helena Stadler
Katharina-Heinroth-Ufer 1
10787 Berlin
Telefon: 0 30. 83 22 81 13
Fax: 0 30. 83 22 81 14
Email: info@buergerstiftung-berlin.de
Internet: www.buergerstiftung-berlin.de



Die Bürgerstiftung Berlin organisiert Vorlesestunden in Berliner Schulen





Integrativer Familiensport der Bürgerstiftung Berlin

Bürgerstiftung Neukölln

Multiethnisches Zusammenleben fördern

Menschen aus derzeit zwölf Herkunftsländern bauen im Berliner 310.000-Menschen-Bezirk Neukölln eine Bürgerstiftung auf: 102 StifterInnen trugen mit einem Mindestbeitrag von 500 Euro in eineinhalb Jahren bis Oktober 2005 70.000 Euro zusammen. Die StifterInnen finden sich in den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen: Einzelpersonen, Migrantenorganisationen, Unternehmen, Kirchen, Hausbesitzer, Schulen. Die Stiftung wurde im November 2005 gegründet.

Die Bürgerstiftung Neukölln will das multiethnische Zusammenleben fördern. Dazu wurden bereits mehrere Projekte durchgeführt: der Grundschultheaterwettbewerb »Neuköllner Globus«, die Stiftung des Neuköllner Bürgerpreises zur Würdigung ehrenamtlicher Arbeit, BAOBAB 2005, die erste Afrikanische Fußballmeisterschaft Berlins sowie »Neues aus Babylon«, ein durch das Bundesprogramm entimon gefördertes Projekt in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt und der Stadtbibliothek Neukölln.
Die Vision, die die Stifter eint, ist die des solidarischen Miteinanders. Ihr Ziel ist: Alle Menschen, die auf Neuköllner Boden friedlich leben wollen, sollen hier tatsächlich auch eine Heimat finden können. Es geht deshalb um gesellschaftliche Partizipation und um verbindlichen Dialog. Daher wurde in Zusammenarbeit mit dem Senatsbeauftragten für Integration eine »N+«-Werkstatt zum Thema »Potenziale, Probleme und Perspektiven unseres Einwanderungsbezirkes« organisiert, an der 350 Engagierte aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen teilnahmen.
Durch zwei nationale Auszeichnungen hat die Bürgerstiftung Neukölln Anerkennung erfahren. So gewann sie den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« und den Förderpreis der »Aktiven Bürgerschaft e.V.« Aus Berliner Stadtteilen, in denen neue Bürgerstiftungen entstehen sollen, werden die Engagierten der Stiftung zunehmend um Beratung gebeten. Sorgen bereitet ihnen die dauerhafte Finanzierung der unabdingbaren Geschäftsstelle. Die Bürgerstiftung Neukölln hat einen eigenen Newsletter, der regelmäßig über aktuelle Aktivitäten der Stiftung informiert und der kostenfrei auf ihrer Webseite abonniert werden kann.

Bürgerstiftung Neukölln
Kurt Anschütz
Karl-Marx-Straße 131
12043 Berlin
Telefon: 0 30. 68 24 78 22
Fax: 030. 68 24 78 11
Email: info@neukoelln-plus.de
Internet: www.neukoelln-plus.de



Gründungsinitiative Bürgerstiftung Steglitz-Zehlendorf

Kultur, Umwelt, Soziales und Infrastruktur in den Mittelpunkt gestellt

Im Jahr 2003 begannen mehrere engagierte Persönlichkeiten, mit Unterstützung der Berliner Servicegesellschaft SPI Consult die Gründung einer Stiftung für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf vorzubereiten. Dieser Personenkreis wird von Menschen geprägt, die bei Trägern sozialer Einrichtungen arbeiten und die Notwendigkeit einer Bürgerstiftung für diesen Bezirk erkannten.
Zur Vorbereitung der Gründung wurden zwei öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, die von vielen interessierten Bürgern besucht wurde. Erfreulich war und ist, dass sich bereits von Anfang an sowohl viele Bürger und Bürgerinnen des Bezirks als auch Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Unternehmer, Rechtsanwälte und Ärzte sowie Vertreter von Versicherungen und Banken an diesen Veranstaltungen beteiligten und sich für die Einrichtung einer Bürgerstiftung interessierten.
Im Mittelpunkt der Arbeit der Bürgerstiftung stehen die Themensäulen Kultur, Umwelt, Soziales und Infrastruktur. In Kooperation mit einem freien Träger der Jugendarbeit soll gemeinsam ein öffentliches Schülercafé betrieben werden. Diese Einrichtung war durch Haushaltsmittelkürzungen des Bezirks bedroht. Parallel wird die Anregung und Einrichtung eines alternativen Spielplatzes konzeptionell erarbeitet.

Bürgerstiftung Steglitz-Zehlendorf
Franziska Lorenz
c/o SPI Consult GmbH
Hildegardstr. 28
10715 Berlin
Telefon: 0 30. 85 60 66 85
Email: info@spiconsult.de



Brandenburg

Die Barnim-Uckermark-Stiftung

In der Praxis Demokratie fördern und Zivilgesellschaft stärken



Die Barnim-Uckermark-Stiftung ist die erste Bürgerstiftung in Brandenburg, sie wurde 2003 gegründet. Die Anregung zur Gründung einer Bürgerstiftung für die Stadt Eberswalde bzw. für die Region kam von verschiedenen Projekten und Initiativen aus der Region. Bei der Gründung erhielten die Initiatoren Unterstützung von der Amadeu Antonio Stiftung sowie der Freudenberg Stiftung.
Mehr als vierzig Bürgerinnen und Bürger aus der Region stifteten das Startkapital. Mit regelmäßigen Förderprogrammen unterstützt die Stiftung seitdem die Arbeit von gemeinnützige Vereinen, Initiativen und Einrichtungen in der Region Barnim-Uckermark. Sie stiftet zu neuen Ideen und Taten an und will mit eigenen Projekten Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Veränderungen initiieren. Mit Förderpreisen sollen besonders gelungene Beispiele bürgerschaftlichen Engagements gewürdigt werden.
Von Anfang an wollte die Barnim-Uckermark-Stiftung demokratiefördernd wirken. Im Mittelpunkt der Projektarbeit steht deshalb die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, von demokratischer Kultur und regionaler Entwicklung. Zu diesen Zwecken möchte die Stiftung vor allem Eigeninitiative und individuelles Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen stärken.

Ein Projekt, das diese Ziele verfolgt, ist die Vorleseinitiative »Lesezauber«: Um Kinder an Bücher, an das Lesen und damit an einen reichen Wortschatz heranzuführen, lesen Bürgerinnen und Bürger in der Stadtbibliothek Kindern vor. So wollen die Freiwilligen ihnen den Zugang zu Büchern erleichtern, denn richtig lesen zu können ist eine Schlüsselkompetenz und hat erheblichen Einfluss auf die Chancen der Kinder und ihre aktive Teilhabe in der Gesellschaft. Wichtig ist der Bürgerstiftung bei ihren Projekten die Einbeziehung aller Einwohner der Region. Um insbesondere auch Kindern mit Migrationshintergrund einen leichteren Zugang zum Spracherwerb und damit zu gesellschaftlicher Partizipation zu ermöglichen, wird auch in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil vorgelesen, um so das demokratische Miteinander verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen zu fördern. Ein anderes beispielhaftes Projekt der Barnim-Uckermark-Stiftung ist das Projekt »Momentaufnahme«: Jugendliche wurden mit Kameras ausgestattet und konnten ihre Sicht auf ihre Umgebung bildlich festhalten und öffentlich präsentieren. Den jungen Teilnehmern wurde Anlass geboten, sich ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensentwürfe bewusst zu werden. Mit dem Projekt ermunterte die Stiftung junge Menschen, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens ihrer Region zu beteiligen.

Da jede demokratische Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen und sich freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen, setzt die Barnim-Uckermark-Stiftung darauf, jungen Menschen schon früh zu vermitteln, dass sie etwas erreichen können, wenn sie sich für eine Sache einsetzen. Im Projekt »Handeln und Helfen« werden Schüler ermuntert, selbst zu erkunden, welche Themen ihrer Nachbarschaft besonders unter den Nägeln brennen. Im Gespräch mit Bürgern, Experten und Stadtverordneten untersuchen sie ein Problem und entwickeln Lösungsstrategien. So übernehmen die Schüler schon früh Verantwortung für konkrete gesellschaftliche Probleme und erfahren, dass es viele Möglichkeiten gibt, sich zu engagieren und damit Teil einer demokratischen Stadt- oder Regionalkultur zu sein.

Barnim-Uckermark-Stiftung
André Koch
Dr.-Zinn-Weg 18
16225 Eberswalde
Telefon: 0 33 34. 6 42 53
Fax: 0 33 34. 6 42 53
Email: kontakt@barnim-uckermark-stiftung.de
Internet: www.barnim-uckermark-stiftung.de





Engagement aus der Region für die Region: Schülerinnen der Goethe-Realschule Eberswalde sammeln im Rahmen des Projektes »Handeln und Helfen« der Barnim-Uckermark-Stiftung mit einem Flohmarkt Geld für die Suppenküche der Eberswalder Tafel

Gründungsinitiative Bürgerstiftung Osthavelland

Für ein demokratisches Gemeinwesen und die Förderung zivilen Engagements

Ziviles, ehrenamtliches Engagement zu fördern ist ein wesentliches Ziel der Bürgerstiftung Osthavelland. Die Satzung der Stiftung wurde am 31.8.2005 vom Finanzministerium Brandenburg anerkannt; sie kann ihre Arbeit aufnehmen, wenn BürgerInnen und UnternehmerInnen ein Mindeststiftungskapital von 100.000 € zugesagt haben. Mit der Einwerbung des Stiftungskapitals hat die Gründungsinitiative Erfolg versprechend begonnen.

Die Menschen in der Bürgerstiftung Osthavelland engagieren sich für ein demokratisches Gemeinwesen und möchten mit den Erträgen des Kapitals nachhaltig soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische regionale Belange fördern. Die Satzung der Bürgerstiftung ermöglicht vielfältige Aktivitäten – sowohl die Durchführung eigener Aktivitäten als auch die Förderung des Engagements Anderer. Mit der Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Anziehungskraft der Region soll auch ein Beitrag für eine stabile demokratische Kultur in Deutschland geleistet werden.



Klaus Pierow, Gründungsinitiator der Bürgerstiftung Osthavelland

Bürgerstiftung Osthavelland
Klaus Pierow
Elbeallee 3
14612 Falkensee
Telefon: 0 33 22. 20 62 20
Fax: 0 33 22. 20 63 30
Email: buergerstiftung.osthavelland@online.de

Initiative Bürgerstiftung Potsdam

Menschen verbinden – Potsdam bewegen

Potsdam ist eine Stadt der vielen Facetten, vom Villenbezirk bis hin zur Plattenbausiedlung ist hier alles zu finden. An Ideen oder Bewegungsfreude mangelt es den Potsdamern nicht. Ihr Engagement muss also nicht geweckt werden – es ist bereits vorhanden. Diese unterschiedlichen Kräfte gilt es zu bündeln, um die Stadt mit zukunftsträchtigen Projekten lebenswerter zu machen. Dabei geht es vor allem auch darum, eine übergreifende Identität sowie Leitbilder für die Stadt zu finden, unter denen sich alle Potsdamer wiederfinden können.

Noch fehlt eine Plattform, auf der sich Bürger selbst organisieren, zusammenschließen und gegenseitig fördern können. Die Gründungsinitiative der Bürgerstiftung Potsdam arbeitet daher nach dem Motto »Bürger für Bürger«. Gerade wegen der großen sozialen Unterschiede zwischen den Bürgern ist es die große Aufgabe der Stiftung, die verschiedenen Interessen zusammenzubringen. Die Anstifter versuchen deshalb, den unterschiedlichen Menschen zu vermitteln, dass eine Bürgerstiftung der ideale Förderer für unterschiedliche Initiativen werden kann.

Initiative Bürgerstiftung Potsdam e.V.
Jonas Kwaschik
Kurfürstenstraße 15
14467 Potsdam
Telefon: 03 31. 23 70 01 01
Fax: 03 31. 23 70 05 28
Email: info@buergerstiftung-potsdam.de
Internet: www.buergerstiftung-potsdam.de

Mecklenburg-Vorpommern

Parchimer Bürgerstiftung
Bürgerkompetenz für Lebenschancen in Parchim

Die Parchimer Bürgerstiftung will Menschen aktivieren, sich für ihre Stadt und die Region einzusetzen. In ihrer Arbeit ist die Bürgerstiftung sowohl operativ als auch fördernd tätig. Sie unterstützt bestehende Vereine und Initiativen und ist offen für jede Form der Zusammenarbeit. Als Impuls- und Ideengeber bewähren sich dabei die engagierten Mitstreiter im Initiativkreis und im Kuratorium. Hier wirken Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mit. In eigenen Projekten und durch die Förderung von Vorhaben anderer verwirklicht die Stiftung ihren Zweck.

Praktisch mit ihrer Gründung initiierte die Parchimer Bürgerstiftung das Projekt »STARK«, ein Präventionsprojekt gegen Missbrauch und Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Gemeinsam mit dem Arzt Dr. Rommel M. Jadaan sprach die Stiftung mit diesem Projekt viele Menschen in und um Parchim an. In einem Kindersicherheitstraining wurde Kindern und Eltern vermittelt, welche Handlungsmöglichkeiten sie in Fällen von Gewalt und Missbrauch haben. Und es wurde gezeigt, dass Bürger mit »gestifteter« Zeit und Ideen viel bewirken können.

Die Parchimer Bürgerstiftung unterstützt auch das Projekt »Neue Nachbarn in Parchim«. Dabei geht es um die Integration der Bewohner eines Asylbewerberheims, das Anfang 2005 in der Nähe des Kinder-, Jugend- und Familientreffs eröffnet wurde. An wöchentlichen Kindernachmittagen werden im Jugendclub Möglichkeiten angeboten, sich zu treffen, zu spielen und Spaß zu haben. Die Mütter werden ermuntert, sich über Sprachgrenzen hinweg gemeinsam für die Freizeit ihrer Kinder zu engagieren. Um ein »Praktikum« als Eltern geht es im Projekt »Babybedenkzeit« für Jugendliche, das ebenfalls durch Zuschüsse der Bürgerstiftung unterstützt wird. Mit Hilfe eines Babysimulators werden die Bedürfnisse von Kleinkindern vermittelt.

Schwierigkeiten der Stiftungsarbeit ergeben sich aus der Tatsache, dass das Modell der Bürgerstiftung unter der Bevölkerung noch zu wenig bekannt ist. Hier gilt es, den Stiftungsgedanken noch gezielter zu kommunizieren. Außerdem erschwert die wirtschaftliche und soziale Situation in der Region den Auf- und Ausbau des Stiftungskapitals.

Ein großer Erfolg der Arbeit liegt in der Vielfältigkeit der Beteiligten: Viele Zustiftungen, Spenden und die Arbeit vieler Bürger machen dem Namen Bürgerstiftung alle Ehre. Das ehrenamtliche Engagement der Akteure der Parchimer Bürgerstiftung wurde bundesweit mit der Nominierung als eine der zwölf besten Bürgerstiftungen für den Förderpreis »Aktive Bürgerschaft 2004« gewürdigt.

Parchimer Bürgerstiftung
Birgit Naxer
c/o Zusammen in Parchim (ZiP)
Ebelingstraße 33
19370 Parchim
Telefon: 0 38 71. 63 21 65
Fax: 0 38 71. 63 21 67
Email: info@zusammen-in-parchim.de
Internet: www.zusammen-in-parchim.de

Hanseatische Bürgerstiftung Rostock

Bürger helfen Bürgern

Im Oktober 2005 wurde die Hanseatische Bürgerstiftung Rostock gegründet. Das Gründungskapital wurde von bekannten Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens der Stadt und von ansässigen Firmen zusammengetragen. Der Tätigkeitsbereich der Stiftung ist breit gefasst: Umwelt- und Naturschutz, Kunst, Erziehung, Bildung, Sport, Arbeit im Kinder- und Jugendbereich, Altenpflege, Wissenschaft und Forschung, Regional- und Wirtschaftsentwicklung – möglichst vieles, das in der Hansestadt der Unterstützung bedarf, kann von der Bürgerstiftung gefördert werden.
Ein explizites und zentrales Ziel der Arbeit der Hanseatischen Bürgerstiftung Rostock ist es, die Jugend zu Selbstvertrauen und Optimismus zu ermutigen. Dabei wird auch die Anerkennung des Andersseins und die gegenseitige Achtung und Toleranz gefördert. Durch die Anstiftung zum Bewusstsein der Verantwortung für das Gemeinwohl werden außerdem das Verständnis und der persönliche Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gestärkt.

Hanseatische Bürgerstiftung Rostock
Prof. Dr. med. Ingo Richter
Schliemannstraße 43
18059 Rostock
Telefon: 03 81. 2 01 93 62
Fax: 03 81. 3 75 08 09
Email: ingo.richter@uni-rostock.de

Bürgerstiftung der Hansestadt Wismar



Die Jugend fördern – in die Zukunft investieren

Die Bürgerstiftung Wismar wurde am 10. September 1998 eingerichtet und war damit die erste Bürgerstiftung in den neuen Bundesländern. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legten die Stiftungsmitglieder auf den Bereich der Jugendarbeit. So werden vor allem Projekte unterstützt, die das Engagement der Jugend fördern und ihre Interessen vertreten.

Zum Beispiel wurde das Jugendparlament der Stadt bei der Anschaffung von Kummerkästen unterstützt. In die Kummerkästen können Jugendliche dem Jugendparlament ihre Sorgen und Wünsche mitteilen. Das Parlament gibt diese Wünsche an die zuständigen Stellen weiter und setzt sich dort für die Belange der Jugendlichen ein.

Viele Initiativen, die von der Wismarer Bürgerstiftung unterstützt werden, fördern die aktive Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen. So werden Turnvereine oder das Projekt »Freizeitangebot der Schüler außerhalb der Schulzeit« finanziell bei der Anschaffung von Sportgeräten und -utensilien unterstützt. »Freizeitangebot der

Im Oktober 2005 betrug das Stiftungsvermögen 295.988 Euro. Zu diesem Zeitpunkt gab es 84 Stifter und 260 Zustifter, und die Gesamthöhe der vergebenen Förderung betrug 70.539 Euro.

Bürgerstiftung der Hansestadt Wismar
Johannes Geilhorn
Hinter dem Rathaus 6
23966 Wismar
Telefon: 0 38 41. 2 51 30 13
Fax: 0 38 41. 2 51 30 02
Email: info@buergerstiftung-wismar.de
Internet: www.buergerstiftung-wismar.de

Sachsen



Die Bürgerstiftung Dresden

Dresdner stiften Zukunft

200 Filzhüte für ein Erich Kästner Museum
Der 100. Geburtstag des Schriftstellers Erich Kästner markiert den Beginn der Stiftungsarbeit: Ein privates Museum zum Andenken an den aus der Dresdner Neustadt stammenden Schriftsteller sollte aufgebaut werden; es herrschte jedoch Geldmangel. Die Dresdner Bürgerstiftung half den Initiatoren, das nötige Geld für die Eröffnung des Museums zu sammeln. Mit 200 Filzhüten wurden bei Veranstaltungen oder in Geschäften insgesamt 52.000 DM eingesammelt. Zu Erich Kästners 101. Geburtstag im Jahr 2000 konnte das Museum eröffnet werden.

DOMINO – entscheide selbst
Im Rahmen des von der Bürgerstiftung Dresden unterstützten Jugendprojektes DOMINO werden in einem Stadtteil private Mittel von Wohnungseigentümern, Banken und Einkaufszentren akquiriert und von der Bürgerstiftung verdoppelt. Jugendliche wählen selbst Projekte aus, die aus diesen Mitteln gefördert werden. Ziel dieser Anstrengung ist es, kleine lokale Projekte zu unterstützen, die von jungen Leuten selbst initiiert und verantwortet werden und die zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse und des Umfeldes im Stadtteil beitragen. Das Projekt wurde bisher u.a. in drei Plattenbaugebieten erfolgreich durchgeführt.

Die demokratische Kultur stärken
Durch die Unterstützung verschiedener Projekte wird die demokratische Kultur in der Dresdner Region durch die Bürgerstiftung gestärkt. Zum Beispiel dem Projekt »In-Side-Out«, in dem Schüler und Lehrer mehrerer Dresdner Schulen gegen Rechtsradikalismus vorgehen: Sie organisieren beispielsweise Begegnungen mit Schülern ausländischer Herkunft und mit Behinderten. So wurde die Idee des interkulturellen Dialogs und Kennenlernens etabliert; gleichzeitig konnte der Verfestigung von rechtsradikalem Gedankengut und Intoleranz entgegengetreten werden.
Außerdem wurde die Veröffentlichung des »Gedenkbuches für die Juden der Stadt Dresden 1933 – 1945« unterstützt, um die Erinnerung an die Verfolgung der jüdischen Gemeinde Dresdens zu bewahren. Das Buch richtet sich besonders an Kinder und Jugendliche, denen der Zugang zur Geschichte der Dresdner Juden und ihrer Lebens- und Leidenswege erleichtert werden soll.

Das Stiftungskapital aufbauen
Das Hauptziel der Stiftungsarbeit ist der Aufbau eines ausreichenden Stiftungskapitals, das zurzeit 651.000 € beträgt. Eine wichtige Rolle spielen dabei Veranstaltungen mit Multiplikatoren, besonders mit Vermögensverwaltern, Anwälten, Notaren und Steuerberatern. Mehrere Zustiftungen und erste Testamente zugunsten der Bürgerstiftung sind das Ergebnis dieser Kooperationen.

»Helfen macht stolz« – Hilfe für Geschädigte der Jahrhundert-Flut
2002 sammelte die Bürgerstiftung Dresden 1,7 Mio. € Flutspenden. Das Geld wurde schnell und unbürokratisch an über 200 Familien mit mehreren Kindern, aber auch an Kleingewerbetreibende sowie soziale und kulturelle Projekte vergeben.

Bürgerstiftung Dresden
Winfried Ripp
Barteldesplatz 2
01309 Dresden
Telefon: 03 51. 3 15 81 0
Fax: 03 51. 3 15 81 81
Email: ripp@buergerstiftung-dresden.de
Internet: www.buergerstiftung-dresden.de

Bürgerstiftung »Bürger für Leipzig«

Nachhaltige Entwicklung und ehrenamtliches Engagement fördern



Leipzig hat seit 2003 eine Bürgerstiftung, die Stiftung »Bürger für Leipzig«. Sie wurde von 46 Leipziger Privatpersonen gegründet. Bis 2005 stieg das Stiftungsvermögen auf über 140.000 Euro, darunter 100.000 Euro, die den Grundstock eines Umweltfonds bilden.

Ein starkes bürgerschaftliches Engagement gehört zu Leipzigs Stadtgeschichte: Vor 1945 gab es hier rund 2.000 Stiftungen. Dieser Stifterinnen und Stifter zu gedenken ist ebenso Anliegen der Stiftung wie die Förderung des Ehrenamtes. Wichtige Projekte der Bürgerstiftung sind die Einrichtung von Gedenktafeln für verdienstvolle Leipziger Bürgerinnen und Bürger sowieso ein Fundraising-Training für gemeinnützige Organisationen.

Zwei große Aktionen haben vor allem zu Spendenaufkommen und Bekanntheit beigetragen: eine Benefizauktion und eine Jubiläumsspende der ALTEN LEIPZIGER Lebensversicherung. Durch Spenden wurden bisher vor allem soziale Projekte für Kinder und Jugendliche gefördert: das Hörgeschädigtenzentrum, Winterspielplätze, eine Internetplattform für Migranten oder ein Antiaggressionsraum im Caritas-Familienzentrum.

Stiftung »Bürger für Leipzig«
Ralf Elsässer
Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig
Telefon: 03 41. 9 60 15 30
Fax: 03 41. 9 60 15 33
Email: post@buergerfuerleipzig.de
Internet: www.buergerfuerleipzig.de

Sachsen-Anhalt

Bürger.Stiftung.Halle

Demokratische Kultur und bürgerschaftliches Engagement von unten



Die Idee ist einfach: Viele Menschen spenden in eine gemeinsame Stiftung. Alle gestifteten Beträge bleiben dauerhaft erhalten. Allein aus den Zinserträgen unterstützt die Bürgerstiftung das Engagement der Bürgerinnen und Bürger füreinander in der Stadt Halle. Die Bürgerstiftung macht es sich zur Aufgabe, das geistige und soziale Klima zu verbessern, die Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und so zur Stärkung einer lebendigen demokratischen Kultur beizutragen. Wenn sich Menschen für andere Menschen oder das Gemeinwesen einsetzen, dann will die Bürger.Stiftung.Halle unterstützend tätig werden – heute und für kommende Generationen.

Die Bürgerstiftung Halle wurde am 25. Mai 2004 gegründet. Ein Jahr zuvor rief eine Gruppe engagierter Hallenser zur Gründung der Stiftung auf. Innerhalb von zwölf Monaten sollte das dafür notwendige Mindestkapital von 25.000 Euro zusammengetragen werden. Dieses Ziel wurde »verfehlt« – im positivsten Sinne: Mit einem Grundkapital von mehr als 39.000 Euro konnte die Bürger.Stiftung.Halle im Mai 2004 ins Leben gerufen werden.

Begleitet wurde der Gründungsprozess mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, in denen die Chancen und Potenziale der Bürgerstiftung diskutiert wurden. Besonders hervorzuheben sind dabei die inzwischen zur Tradition gewordenen Werkstattgespräche: In einer Art »öffentlichen Klausurtagung« kommen die Akteure der Bürgerstiftung mit Stifterinnen und Stiftern sowie mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement und damit verbunden eine de-

mokratische Kultur gefördert werden kann und welche Rolle die Bürgerstiftung dabei spielt. Die Werkstattgespräche wurden erstmals im November 2003 durchgeführt. Für die Bürgerstiftung sind sie sowohl Bürgerforum als auch ein wichtiges Instrument der Stiftergewinnung und Stifterbindung.
Inzwischen stifteten mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger Beträge zwischen 10 und 5.000 Euro – Studierende, Erwerbstätige und Ruheständler genauso wie Unternehmen und Selbstständige. Die Bürger.Stiftung.Halle kann sich mit gutem Gewissen als eine »von unten gewachsene« Institution bürgerschaftlichen Engagements präsentieren. Das Stiftungskapital beträgt heute etwa 95.000 Euro – ein dauerhaftes Vermögen, aus deren Zinserträgen engagierte Menschen mit guten gemeinnützigen Ideen gefördert werden.

Einer der größten Erfolge der Bürger.Stiftung.Halle ist die erfolgreiche Umsetzung eines Matching Funds: Im Zusammenhang mit der Stiftungsgründung bot die Volksbank Halle an, dem Stiftungskapital der Bürgerstiftung 25.000 Euro zuzuwenden. Um eine zusätzliche aktivierende Wirkung hervorzurufen, wurde dieses Geld nicht auf einmal ins Stiftungskapital übertragen; stattdessen gab die Volksbank ein Jahr lang zu jedem gestifteten Betrag noch einmal die gleiche Summe dazu. Auf diese Weise konnte nicht nur das Stiftungskapital verdoppelt werden, sondern auch die Anzahl der Stifterinnen und Stifter.

Hinsichtlich der Betreuung geförderter Projekte lassen sich noch Entwicklungspotenziale ausmachen. Mit Hilfe einer größeren Spende konnten in diesem Jahr insgesamt 13 Projekte finanziell unterstützt werden. Die Projekte sollten die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements widerspiegeln. Dementsprechend unterschiedlich sind die Vorhaben. Ihnen gemeinsam ist der Gedanke, dass Menschen Verantwortung übernehmen für ihr Gemeinwesen – seien es Probleme, die gelöst, oder Chancen, die genutzt werden müssen. Da die Vielfalt der Projekte eine intensive inhaltliche Betreuung schwierig macht, wird zukünftig die Anzahl der Fördermaßnahmen sinken, um dafür mehr Energie in die Begleitung und die Öffentlichkeitsarbeit zu investieren.

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt die Bürger.Stiftung.Halle seit ihrer Gründung, um modellhaft die demokratiefördernde Wirkung der Bürgerstiftung zu stärken. Um die demokratische Kultur in Halle zu stärken, fördert die Hallesche Stiftung das Projekt »Trickkiste«, bei dem Jugendliche deutscher und nichtdeutscher Herkunft gemeinsam Trickfilme entwickeln. Während der Zusammenarbeit lernen die Jugendlichen Toleranz, Verständnis und die Fähigkeit, friedlich miteinander zu leben und zu arbeiten. Das Projekt trägt dazu bei, das demokratische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und damit das soziale Klima der Stadt zu verbessern. Außerdem wird das Projekt »klar« unterstützt, eine Servicestelle für Jugendliche. Die Initiatoren von »klar«, selbst Jugendliche, unterstützen andere Jugendliche dabei, ihre Ideen zur Gestaltung des Gemeinwesens zu verwirklichen.

Bürgerstiftung Halle
Andreas Hesse
Wilhelm-Külz-Straße 2-3
06108 Halle (Saale)
Telefon: 03 45. 6 85 87 96
Fax: 03 45. 2 00 34 12
Email: buerger.stiftung@halle.de
Internet: www.buergerstiftung-halle.de

Bürgerstiftung Sangerhausen/MitBürger e. V.

Nicht gegen, sondern für etwas zu sein, verdeutlicht den Weg zur Lösung
(Else Pannek)

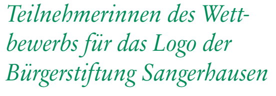


Am 16.Juli 2004 entschieden Sangerhäuser Bürger, sich für ihren unmittelbaren Lebensraum aktiv in einer Bürgerstiftung zu engagieren. Sie gründeten den Verein MitBürger e.V. mit dem erklärten Ziel, eine Bürgerstiftung für die Region Sangerhausen zu errichten. Die wichtigsten Ziele der Initiatoren sind dabei die Stärkung von Eigenverantwortung und demokratischem Miteinanders auf regionaler und lokaler Ebene sowie die nachhaltige Finanzierung gemeinschaftlicher Förderungen.
Die erste Herausforderung bestand darin, den Menschen der Region die Idee und Funktionsweise der Bürgerstiftung bekannt zu machen. Mit öffentlichen Gesprächsabenden, der beispielhaften Unterstützung einer Denkmalsanierung und der Initiierung eines »Detektivspiels« mit Jugendlichen zur Erkundung des unmittelbaren sozialen Lebensraumes wurde diese Aufgabe in Angriff genommen.

Die Stifter des bisher gesammelten Stiftungskapitals sind Firmen, Kanzleien und Bürger, die sich mit originellen Ideen für die Bürgerstiftung engagieren. Parallel zur Publizierung der Stiftungsidee und der Mittelakquise bemühen sich die MitBürger in Kooperation mit der Stadt Sangerhausen um die Belebung einer alten privaten Stiftung und deren Nutzung für die Gemeinschaft. Daran wird deutlich, dass sich die Bürgerstiftung nicht nur zur Plattform bürgerschaftlichen Engagements in der Region Sangerhausen entwickelt, sondern auch Motor für alternative Förderwege ist.
Mittel- und langfristiges Ziel ist es, eine Plattform in der Region zu etablieren, welche die Mitsprache und Mitbestimmung der Bürger sozusagen »in eigenen Angelegenheiten der Gemeinschaft« fördert. Sie wird darin fachkompetenter Partner für Einzelpersonen, Freiwillige, Firmen, Behörden und Kommunalpolitiker werden. Der Erfolg oder Misserfolg der Initiative zum Aufbau einer Bürgerstiftung für die Stadt Sangerhausen hängt allein von den Menschen ab, die in der Region der »Goldenen Aue« leben. Aber wie hat der Liedermacher Gerhard Schöne schon so treffend gesungen: »Du hast es nur noch nicht probiert«!

MitBürger e.V.
Marion Rohland
c/o Netzwerkstelle Initiative Menschen'S.Kinder
Grauengasse 01
06526 Sangerhausen
Telefon: 0 34 64. 27 93 96
Fax: 0 34 64. 27 94 09
Email: mk.sgh@gmx.net





Teilnehmerinnen des Wettbewerbs für das Logo der Bürgerstiftung Sangerhausen

Thüringen



Bürgerstiftung Blankenhain

Ein Schloss zum Bürger- und Kulturzentrum machen

Die Bürgerstiftung Blankenhain zählt sicher zu den kleinsten Bürgerstiftungen Deutschlands. Nach fast zweijähriger Gründungsphase erlangte sie im zweiten Anlauf zu Ostern 2003 die Anerkennung. Die Gründungsinitiative ging in dem ca. 4.000 Einwohner zählendem Ort vom Schlossverein aus mit dem Ziel, eben dieses Schloss in das Eigentum der Stiftung zu überführen. Diese Vorhaben erschwerte die Anerkennung als Bürgerstiftung, die ja einen breiten Stiftungszweck erfüllen soll, anfangs sehr; es konnte bis heute nicht realisiert werden. Viele Stifter betonten auf der konstituierenden Stifterversammlung ihr Hauptanliegen, das Schloss zu erwerben, einen mitten in der Stadt auf 5.000 m^2 liegenden leerstehenden Rundbau. Durch die Öffentlichkeitsarbeit von Verein und Stiftung konnte jedoch mit Landesmitteln und Mitteln der Deutschen Stiftung Denkmalpflege eine Grundsicherung erfolgen.
Die wenigsten Stifter wussten zu Beginn, was eine Bürgerstiftung wirklich ist und was sie leisten kann. Die Aktiven der Stiftung erweitern seither das Tätigkeitsfeld kontinuierlich, denn in einer Stadt, die fast keine freiwilligen Leistungen erbringen kann und ohne genehmigten Haushalt arbeitet, gibt es viele Brennpunkte. Neben verschiedenen Investitionen im Schloss konnten zum Beispiel ein Kinderfest und eine Vernissage finanziell unterstützt werden. Für Schüler, die Pflegepatenschaften von Grünanlagen übernommen haben, wurden Gartengeräte zur Verfügung gestellt.

Bürgerstiftung Blankenhain
Hagen Herzog
Große Nonnengasse 24a
99444 Blankenhain
Telefon: 03 64 59. 4 04 02
Email: info@buergerstiftung-blankenhain.de
Internet: www.buergerstiftung-blankenhain.de

Bürgerstiftung Erfurt

Ökologisch notwendig, wirtschaftlich klug – Gemeinschaft leben

Die Bürgerstiftung Erfurt wurde am 01. November 2005 gegründet. Das inhaltliche Spektrum ihrer Arbeit zeichnet sich durch ein sehr breites Wirkungsfeld aus: Zentrale Themen sind die Förderung zukunftsorientierter Bildungsangebote, das Zusammenleben der Generationen und Kulturen, die Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Andere Schwerpunkte liegen in der Herstellung einer Lebensqualität mit Zukunft, der Förderung ehrenamtlicher und gemeinwohlorientierter Arbeit, in einer nachhaltigen Stadt- und Wirtschaftsentwicklung Erfurts. Diesen Themen sollten sich auch die geförderten Projekte und Initiativen verpflichtet fühlen.
Für die konkrete Projektarbeit entwickelt die Stiftung Projekte mit Leuchtturmcharakter, die anderen als Inspiration dienen sollen. Als Startprojekt wählte die Bürgerstiftung Erfurt einen Ideenwettbewerb zum Thema »Alt für Jung und Jung für Alt«. Außerdem werden Projekte und Ideen anderer unterstützt, denen es an eigener langfristiger Finanzierung fehlt. Die Bürgerstiftung Erfurt richtet Wettbewerbe aus oder vergibt Preise, um Initiativen zu ermutigen und zivilgesellschaftliches Engagement anzustoßen.

Bürgerstiftung Erfurt
Josef Ahlke
Schlösserstraße 44, 99084 Erfurt
Telefon: 03 61. 5 90 18 80, Fax: 03 61. 5 90 18 19
Email: info@buergerstiftung-erfurt.de
Internet: www.buergerstiftung-erfurt.de

Bürgerstiftung ZwischenRAUM

Von Bürgern für Bürgern in der Region Jena-Saale-Holzland

Die Bürgerstiftung ZwischenRAUM wurde 2002 von 33 Bürgern gegründet und ist in der Region Jena-Saale-Holzland aktiv. Die Stiftung ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, ihre spezifischen Beiträge zum Gemeinwohl unter einem gemeinsamen Dach zu verfolgen. Die Menschen werden ermuntert, aktiv zu werden, sich einzumischen und ihre Region mitzugestalten. Durch die Arbeit der Bürgerstiftung wird einerseits lokale Demokratie gestärkt, andererseits werden neue demokratische Strukturen einer gemeinwesenorientierten Kultur entwickelt.
Vor diesem Hintergrund hat es die Bürgerstiftung ZwischenRAUM ermöglicht, insbesondere junge Menschen frühzeitig an konkretes Engagement – etwa für alte Menschen, für Behinderte, für den Umweltschutz und für die Belebung unserer Städte – heranzuführen: Die Bürgerstiftung ZwischenRAUM etablierte eine Freiwilligenagentur mit einem besonderen Angebot für Jugendliche, die Freiwilligenagentur Junior.
In Schulen und Jugendeinrichtungen werden Workshops und Beratungen mit Schülern durchgeführt, um sie an verschiedene Engagementfelder heranzuführen. Wollen sie sich in einer gemeinnützigen Einrichtung engagieren, werden sie von der Freiwilligenagentur Junior vermittelt und begleitet. Sie erhalten ergänzende Fortbildungen und werden in Konfliktsituationen unterstützt. Durch dieses Engagement erfahren sie, dass sie gebraucht werden und dass Demokratie lebbar ist. Sie lernen, wie es Menschen geht, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes, ihres Alters oder ihrer sozialen Situation an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind. Aber sie erfahren auch von Lösungsansätzen und von Hilfen, Menschen ihren Platz in der Gesellschaft zu geben.

Die Bürgerstiftung versteht sich als Podium für demokratisches Mitstreiten und hat auch innerhalb der Stiftung entsprechende Strukturen geschaffen. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger beispielsweise vor und während des Jahrestages, im Beirat der Bürgerstiftung, im Freundeskreis oder im Projektbeirat für die Freiwilligenagentur Junior engagieren. In zahlreichen Treffen werden weitere Aktivitäten der Bürgerstiftung geplant und umgesetzt. Durch dieses Engagement erlebt man andere Menschen aus anderen beruflichen und sozialen Zusammenhängen und aus unterschiedlichen Generationen. In diesen Gremien werden unterschiedliche Einschätzungen ausgetauscht, und oft wird so lange diskutiert, bis man zu einer für alle zufrieden stellenden Beurteilung der Situation gelangt ist. Auch die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte werden in diesen Gremien diskutiert und als Vorlage für den Vorstand geplant, der sie in der Regel berücksichtigt.

Aus dieser Arbeit heraus ist zum Beispiel folgendes Projekt entstanden: Ein Förderschulzentrum hat im Rahmen einer Befragung ermittelt, dass ihr größtes Problem die Gewalt unter den Schülern und die damit verbundene Zerstörung von Mobiliar ist. In Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung ZwischenRAUM wurde eine Großveranstaltung im »Open space« durchgeführt, und gemeinsam mit den Schülern wurden Projekte und Ideen entwickelt, um Gewalt abzubauen. Im Anschluss an den Workshop wurden diese Ideen umgesetzt: Ein Training zum Umgang mit Konflikten wurde organisiert, und es wurde begonnen, ein Patenschaftssystem von älteren Schülern für jüngere Schüler zu entwickeln. Mit diesem Projekt konnte die Bürgerstiftung dort unterstützen, wo Menschen ein Problem erkannt haben und sich gemeinsam mit anderen zusammen fanden, um Lösungen zu finden und zu erproben. Anhand solcher eher kleinen Beispiele im Schulalltag wird deutlich, dass Engagement Sinn hat und Wirkung zeigt. Schüler lernen, sich mit Problemen auseinander zu setzen und friedliche Lösungen für Konflikte zu finden. Genau solche Ansätze will die Bürgerstiftung fördern und ermöglichen.

Bürgerstiftung ZwischenRAUM Jena
Annett Hensel
Paradiesstraße 3
07743 Jena
Telefon: 0 36 41. 6 34 95 58
Email: buergerstiftung.zwischenraum@gmx.de
Internet: http://www.buergerstiftung-zwischenraum.de

Bürgerstiftung Weimar

Spuren in die Zukunft legen

Trotz Goethe und Schiller, Liszt, Gropius und Buchenwald ist Weimar eine ganz normale Kleinstadt – mit 64.000 Einwohnern und mit leeren öffentlichen Kassen.
Als die Stadt 2003 erste Einrichtungen der Breitenkultur schloss, entwickelten zwei Frauen die Vision, dass Weimarer Bürger sich selbst stark machen für den Erhalt von kleinen Museen und Begegnungsstätten. Von dieser Vision konnten sie 26 MitstifterInnen überzeugen, und im Januar 2004 wurde gemeinsam mit Stiftungszusagen von knapp 39.500 Euro die Bürgerstiftung Weimar gegründet.

Die Bürgerstiftung Weimar will in einer Stadt mit einem reichen geschichtlichen Erbe »Spuren in die Zukunft legen«. Ohne Staat und Kommune von deren Pflichtaufgaben zu entbinden, werden zu diesem Zweck zukunftsfähige Projekte und Strukturen in den Bereichen Kinder und Jugend, Kunst und Kultur, Umwelt und Naturschutz, Behinderte, Ausländer, Senioren und Bildung bis hin zum Sport unterstützt. Die Bürgerstiftung führt Menschen zusammen, die sich aktiv als Stifter, Spender oder/und ehrenamtlich engagieren und sich für eine demokratische, sozial ausgewogene, friedliche, umweltgerechte und kulturell vielfältige Kommune einsetzen. Dabei ist die Bürgerstiftung überparteilicher Anlaufpunkt für BürgerInnen, Vereine und Initiativen. Das Ziel ist ein breites, von Vielen getragenes Engagement für die Stiftung.

Das erste Förderprojekt, das personell und finanziell gefördert wurde, ist der Ferienpass Weimar. Erstmals 2004 gemeinsam mit acht Einrichtungen der Jugendarbeit entwickelt, bietet der Ferienpass vor allem Kindern und Jugendlichen, deren Eltern sich keine Urlaubsreisen leisten können, in den Sommerferien ein attraktives Programm. Bei Kindern und Eltern ist der Ferienpass sehr gefragt und ist so ein auf Dauer angelegtes Förderprojekt geworden.



Als erstes eigenes Projekt der Bürgerstiftung wurde die EhrenamtsAgentur mit einem »Markt des Ehrenamtes« und einer Umfrage unter 135 gemeinnützigen Einrichtungen vorbereitet. Die Agentur berät und vermittelt unter dem Motto »Zeit spenden. Mitgestalten. Spuren in die Zukunft legen« Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, passgenau an Einrichtungen, die Freiwillige brauchen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Mittelkürzung im Bereich der Jugendarbeit hat die Bürgerstiftung Weimar einen Kinder- und Jugendfonds ins Leben gerufen. Besorgte Bürger hatten die Idee an die Bürgerstiftung herangetragen, um ein attraktives Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche zu erhalten, nachdem verschiedene Jugendeinrichtungen schließen mussten. Der Fonds fördert vor allem die Eigeninitiative der Jugend und ermutigt sie damit, ihre Lebensräume und Lebenswelten zu entdecken und zu entwickeln. Besonders für Jugendliche, die sozial und persönlich benachteiligt sind, die in Armut oder in zerrütteten Familienverhältnissen leben, ermöglicht der Kinder- und Jugendfonds schnelle und unbürokratische Hilfe.

Mit Stiftern wurde zudem ehrenamtlich ein Merchandising-Produkt entwickelt: die Klassiker-Nudel, die seit Mai 2005 im Warenhaus auf der Webseite der Stiftung zum Verkauf angeboten wird. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Nudel soll das Stiftungskapital gemehrt werden.

Bürgerstiftung Weimar
Doris Elfert
Erfurter Straße 28
99423 Weimar
Telefon: 0 36 43. 77 38 78
Email: d.elfert@buergerstiftung-weimar.de
Internet: www.buergerstiftung-weimar.de

Serviceteil

Supportorganisationen

Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung möchte dazu beitragen, Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliches Handlungsmodell in Ostdeutschland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gemeinsam mit ihren Partnern, insbesondere der Freudenberg Stiftung und dem Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft, entwickelt die Stiftung Vorschläge und Kriterien für die Integration demokratischer Standards in die Praxis einer Bürgerstiftung und unterstützt lokale Akteure bei deren Umsetzung.

Die Amadeu Antonio Stiftung berät Interessierte über die Möglichkeiten, die das Modell der Bürgerstiftung für eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern bietet. Initiativen, die eine Bürgerstiftung gründen möchten, werden in der Gründungsphase und bei der Entwicklung erster Projekte begleitet und unterstützt. Hierbei bringt die Amadeu Antonio Stiftung ihre langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für eine demokratische Kultur sowie ihre Kompetenzen im Bereich der Projektentwicklung und -beratung, der Konzeption von Förderprogrammen, der Organisationsentwicklung, der Öffentlichkeitsarbeit und des Fundraisings ein.

Das Angebot

Die Amadeu Antonio Stiftung bietet Information, Beratung und Begleitung u. a. zu folgenden Fragen an:

- Wie können möglichst viele Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen des Gemeinwesens (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Medien etc.) für die Idee der Bürgerstiftung und ihre praktische Unterstützung gewonnen werden?
- Wie kann ihre Partizipation gesichert werden?
- Wie können demokratische Standards in der Satzung einer Bürgerstiftung verankert werden?
- Wie wird die Bürgerstiftung in der Öffentlichkeit präsentiert?
- Welche Projekte, Förderprogramme oder Wettbewerbe eignen sich am besten zur Umsetzung des Stiftungszwecks, zur Stärkung einer demokratischen Stadt- oder Regionalkultur?
- Welche finanziellen Ressourcen kann sich die Bürgerstiftung erschließen?

Neben der Information und Beratung gehört zu den Angeboten der Stiftung die

- Erarbeitung und Verbreitung von Materialien, die den Aufbau einer Bürgerstiftung unterstützen;
- Organisation von Erfahrungsaustausch und Vernetzung;
- Einrichtung einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach der Amadeu Antonio Stiftung (als Organisationsstruktur für den Aufbau einer Bürgerstiftung);
- Unterstützung bei der Suche nach Geldgebern, z. B. für einen Matching Fund.

Amadeu Antonio Stiftung
Timo Reinfrank
Linienstr. 139
10115 Berlin
Telefon: 0 30. 24 08 86 11
Fax: 0 30. 24 08 86 22
Email: timo.reinfrank@amadeu-antonio-stiftung.de
Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Aktive Bürgerschaft e.V

Die Aktive Bürgerschaft ist das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken und Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund. Sie setzt sich seit 1997 für Eigeninitiative und bürgerschaftliche Selbstorganisation im Sinne der genossenschaftlichen Grundwerte ein. Mit der 2002 initiierten Kampagne Bürgerstiftungen zielt die Aktive Bürgerschaft darauf ab, die Idee der Bürgerstiftung in Deutschland zu verbreiten, die Arbeit bestehender Bürgerstiftungen zu fördern und die Gründung weiterer Bürgerstiftungen beratend zu unterstützen.
Mit ihrem »Förderpreis Aktive Bürgerschaft« prämiert die Aktive Bürgerschaft Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen, die mit ungewöhnlichen und wirkungsvollen Ideen und Projekten nachhaltig die Gesellschaft im Kleinen – in ihrer Gemeinde, Stadt oder Region – verändern. Ziel des Wettbewerbs ist es, Öffentlichkeit und Medien auf innovative Konzepte bürgerschaftlicher Selbstorganisation aufmerksam zu machen und durch gute Beispiele zum Nachahmen anzuregen. Den Höhepunkt des seit 1998 durchgeführten bundesweiten Wettbewerbs bildet jährlich die Preisverleihung im Forum der DZ BANK am Brandenburger Tor in Berlin.
Über das Internetportal www.buergerstiftungen.info und einen monatlichen Email-Newsletter stellt die Aktive Bürgerschaft das Konzept der Bürgerstiftung vor, informiert über die Arbeit von Bürgerstiftungen in ganz Deutschland und bietet nützliche Materialien zum kostenlosen Download an. Die Publikationsreihe »Ratgeber für Bürgerstiftungen« gibt praktische Anleitungen zur Gründung einer Bürgerstiftung sowie zu Fundraising, Projektarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.
Mit dem »Forum Bürgerstiftungen« bietet die Aktive Bürgerschaft Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen auf regionaler Ebene und bundesweit die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung. Um die Idee der Bürgerstiftung zu verbreiten und für dieses Modell innovativer Selbstorganisation zu werben veranstaltet die Aktive Bürgerschaft außerdem in Kooperation mit verschiedenen Landesregierungen Bürgerstiftungstage in den Bundesländern.

Aktive Bürgerschaft e.V.
Bernadette Hellmann
Albrechtstr. 22
10117 Berlin
Telefon: 0 30. 2 40 00 88-0
Fax: 0 30. 2 40 00 88-9
Email: bernadette.hellmann@aktive-buergerschaft.de
Internet: www.buergerstiftungen.info

Initiative Bürgerstiftungen

Die Initiative Bürgerstiftungen ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung, des Bundesverbands Deutscher Stiftungen, der Körber Stiftung und der Klaus Tschira Stiftung. Arbeitsschwerpunkte des Berliner Büros sind die Beratungsarbeit für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen in ganz Deutschland, die Verbreitung der Bürgerstiftungsidee und die Vernetzung der Bürgerstiftungen untereinander. Die Initiative Bürgerstiftungen berät und koordiniert den Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen, der drei Mal jährlich stattfindet. Zum Tag der Bürgerstiftungen am 1. Oktober vergibt sie das Gütesiegel für Bürgerstiftungen, die den zehn Merkmalen einer Bürgerstiftung entsprechen. Diese Merkmale wurden im Jahr 2000 aus dem Kreis der Bürgerstiftungen heraus formuliert und verabschiedet. Neben allgemeinen Kriterien wie Gemeinnützigkeit, regionaler Bezug und Breite der Stiftungszwecke orientieren sich die Merkmale inhaltlich an den Kriterien Transparenz und Unabhängigkeit sowie Kontrolle der Aktivitäten durch ein zweites Organ.
Die Initiative Bürgerstiftungen vergibt verschiedene Förderprogramme, Preise und Reisestipendien. Sie berät Bürgerstiftungen bei ihrer Satzungsgestaltung und der Satzungen ihrer Treuhandstiftungen und -fonds. In sechs Bundesländern stehen Praktiker aus der operativen Arbeit einer Bürgerstiftung Interessierten vor Ort zur Verfügung.

Initiative Bürgerstiftungen
Katrin Sachs
Mauerstr. 93
10117 Berlin
Telefon: 0 30. 89 79 47 90
Fax: 0 30. 89 79 47 90
Email: katrin.sachs@stiftungen.org
oder: buergerstiftung@stiftungen.org
Internet: www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

Weitere Ansprechpartner

Bertelsmann Stiftung
Peter Walkenhorst
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: 0 52 41. 8 18 11 72
Email: peter.walkenhorst@bertelsmann.de
Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Dr. Ansgar Klein
Bundesgeschäftsstelle
Michaelkirchstraße 17-18
10179 Berlin-Mitte
Telefon: 0 30. 62 98 01 10
Fax: 0 30. 62 98 01 51
Email: info@b-b-e.de
Internet: www.b-b-e.de

Freudenberg Stiftung
Christian Petry
Freudenbergstraße 2
69469 Weinheim/Bergstraße
Telefon: 0 62 01. 1 74 98
Fax: 0 62 01. 1 32 62
Email: info@freudenbergstiftung.de
Internet: www.freudenbergstiftung.de

Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft
Rupert Graf Strachwitz
Albrechtstrasse 22
10117 Berlin
Telefon:0 30. 28 38 79 09
Fax: 0 30. 28 38 7910
Email: mi@maecenata.de
Internet: www.maecenata.de

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule
(RAA) Berlin
Britta Kollberg
Chausseestr. 29
10115 Berlin
Telefon: 0 30. 24 04 51 00
Fax: 030. 24 04 55 09
Email: info@raa-berlin.de
Internet: www.raa-berlin.de

Stiftung Bürger für Bürger
Bernhard Schulz
Singerstr. 109
10179 Berlin
Telefon: 0 30. 24 31 49-0
Fax: 0 30. 24 31 49-49
Email: info@buerger-fuer-buerger.de
Internet: www.buerger-fuer-buerger.de

Stiftung MITARBEIT
Dr. Adrian Reinert
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon: 02 28. 6 04 24-0
Fax: 02 28. 6 04 24-22
Email: info@mitarbeit.de
Internet: www.mitarbeit.de

Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Netzwerk Bürgerstiftungen für Nachhaltigkeit
Theo Bühler
Buschstraße 85
53113 Bonn
Telefon: 02 28. 2 01 61-0
Fax: 02 28. 26 52 87
Email: info@wilabonn.de
Internet: www.stiftungsnetz.wilabonn.de

Autorinnen und Autoren

Dierk Borstel, Diplom-Politologe, ist seit 1997 Mitarbeiter des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK) / GDK gGmbH sowie Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Beim ZDK ist er zuständig für die Bereiche Analyse und Kommunalberatung.

Philipp Hoelscher, M. A., studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Italienisch und Italienische Literatur. Seit 2004 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Er beschäftigt sich vor allem mit den Themen Bürgerstiftungen, Islam in Deutschland sowie italienische Zivilgesellschaft.

Anetta Kahane ist Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Zuvor war sie Geschäftsführerin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule in Berlin, zu der auch das Zentrum Demokratische Kultur gehörte. Seit über dreizehn Jahren engagiert sie sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus und für eine demokratische Zivilgesellschaft.

Christian Petry ist seit 1984 Geschäftsführer der Freudenberg Stiftung. Er studierte Geschichte und Soziologie in Berlin und arbeitete in der Arbeitsgruppe Lehrer und Sozialwissenschaftler im Landerziehungsheim Birklehof und an der Gesamtschule Weinheim mit. Von 1974 bis 1979 war er Leiter eines Regionalen Pädagogischen Zentrums in Aurich, Ostfriesland. Bis 1984 leitete er die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher im Ruhrgebiet.

Timo Reinfrank ist Diplom-Politologe und seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung, wo er u.a. das Projekt »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur« leitet. Von 1998 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jüdischen Museum Berlin, von 1999 bis 2001 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Seit 2003 ist Timo Reinfrank stellvertretender Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V.

Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung

Das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, eine zivile Gesellschaft zu stärken, die der Entwicklung einer rechtsextremen Alltagskultur entgegen tritt. Daher unterstützt die Stiftung Initiativen und Projekte, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen, sich für die Stärkung einer demokratischen Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten. Die lokalen Akteure über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen, ist die wichtigste Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung. Die Erfahrungen der Stiftung und ihrer Partner haben gezeigt, dass die Arbeit der lokalen Akteure langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn dabei unterschiedliche Handlungsfelder (Schule, Jugendarbeit, Verwaltung, Sport, Kultur etc.) miteinander verknüpft und vernetzt werden.

Danksagung

Diese Broschüre und auch das Projekt »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur« wären nicht zustande gekommen ohne die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank an: André Koch und Uta Leichsenring von der Barnim-Uckermark-Stiftung, Andreas Hesse von der Bürger.Stiftung.Halle, Doris Voll und Heidi Hiebisch von der Bürgerstiftung Zwischenraum aus Jena, Doris Elfert von der Bürgerstiftung Weimar, Karin Gruhlke von der Bürgerstiftung Parchim, Marion Roland von der Bürgerstiftungsinitiative Sangerhausen, der Stiftungsexpertin Christina Ludwig, Eva Maria Hinterhuber und Philipp Hoelscher vom Maecenata Institut sowie Bernadette Hellmann und Dr. Stefan Nährlich vom Verein Aktiven Bürgerschaft e.V. und Susanna Harms und Christoph Zarft.